

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Einzelgenpreis die 6 gepalt. Colonezelle für Arbeitslosengehe 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzelgen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schiffleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Settenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Willkommen in Dortmund!

Nach Dortmund, der bedenkensten Stadt Westfalens, eilen in diesen Tagen unsere Delegierten aus allen deutschen Gauen. Zu ernster, gemeinsamer Arbeit treten sie hier zusammen, zur Arbeit für das Wohl unseres Standes. Mit Befriedigung erfüllt es die Kollegen Westfalens, die Delegierten unseres christlichen Metallarbeiterverbandes im Lande der roten Erde, in der alten Hansestadt Tremonia begrüßen zu können. Reichliche Arbeit werden die Kollegen auf dem 7. Verbandstage vorfinden, gilt es hoch, höchster Beratungen zu pflegen und wichtige Beschlüsse zu fassen, um unserer Organisation auch für die Zukunft ein kräftiges Wachstum zu sichern. Ueber die zu diesem Zwecke zu ergreifenden Maßnahmen ist ja in den letzten Wochen schon so manches gesagt und geschrieben worden, eine eindringliche Sprache in dieser Hinsicht reden auch die Industrieverhältnisse Westfalens.

Dortmund ist Industriestadt; es zählt zum engeren Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk, dem größten und bedeutendsten Europas. Von Duisburg bis Hamm begegnet das Auge einem Wald von Schornsteinen; da reihen sich Eisenwerk an Eisenwerk, Beche an Beche. Hunderttausende emsiger Arme regen sich hier unausgesetzt, die schwarzen Diamanten aus dem Erdbinneru zutage zu fördern. Hunderttausende fleißiger Hände mühen sich in Hütten-, Stahl- und Walzwerken, in Gießereien und Maschinenfabriken dem unentbehrlichsten Metall Form und Gestalt zu geben. Diese Hunderttausende leisten hier Tag für Tag Kulturarbeit, die sicherlich derjenigen anderer Volksteile nicht nachsteht. Hier im rheinisch-westfälischen Bezirke begegnen wir den modernen Riesenwerken der Schwerindustrie, über die meist einer der bekanntesten Industriemagnaten Krupp, Thyssen oder St. Anes registert. Hier begegnen wir auch den Hunderttausenden von Schwerindustriearbeitern, die zum größten Teile noch erst für den Organisationsgedanken gewonnen werden müssen. Wenn sich heute die breitere Öffentlichkeit und die gesetzgebenden Körperschaften eingehender mit der Lage dieser Arbeiterkategorie beschäftigen, die in überlanger Arbeitszeit äußerst aufreibende und schwere Arbeiten in den Feuerbetrieben verrichten muß, wenn der Gesetzgeber durch Schutzverordnungen für diese Arbeiter — wenn auch vorerst noch zögernd und ungenügend — in diese Betriebe der Großindustriellen eingegriffen hat, so ist das das unbestreitbare Verdienst der unermüdeten Arbeit unseres christlichen Metallarbeiterverbandes. Und doch ist hier erst ein Anfang gemacht; ungeheuer viel bleibt noch zu tun, wo zu auch die heute noch abseits unserer Bewegung stehenden Massen zu verständiger Mitarbeit herangezogen werden müssen.

Rheinland-Westfalen ist auch der Kampfplatz, wo nach der bekannten Ankündigung Legiens von der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften die großen Entscheidungskämpfe über Sein oder Nichtsein der selbstständigen christlichen Gewerkschaftsbewegung ausgetragen werden sollen. Wenn sich die Delegierten von Nord und Ost und Süd bei den Beratungen dieser Tage dieses Bild vergegenwärtigen, so wird es ihnen nicht schwer fallen, in ihren Entscheidungen das Rechte für das fernere Erstarken und Gedeihen unserer Organisation zu treffen.

Von Interesse für die Kollegen dürfte auch einiges aus der Geschichte des diesmaligen Tagungsortes unserer Generalversammlung sein. Die Chronik der Stadt Dortmund führt bis in das Jahr 899 zurück. Wenn auch in den ersten 100 Jahren ihrer Entwicklung die Stadt nach außen hin wenig oder gar nicht in die Erscheinung trat; so ändert sich das gleich zu Anfang des 11. Jahrhunderts, nachdem Kaiser Heinrich II. 1005 eine Synode und 1016 gar einen Reichstag nach Dortmund zusammenberief. Die

Bürger und Handelsleute der Stadt genossen große Privilegien und hatten u. a. Zollfreiheit im ganzen Lande. Daraus entwickelte sich allmählich eine Reichsfreiheit der Stadt, die als starke Festung allen Geldstücken kühner Eroberer siegreich stand zu halten wußte. Einer Belagerung durch den Erzbischof Engelbert von Köln und den Grafen Engelbert von der Mark leistete die Stadt 21 Monate hindurch hartnäckigen Widerstand. Die Belagerer mußten unverrichteter Sache wieder abziehen, aber die Stadt stand doch im Jahre 1399 vor dem finanziellen Bankrott. Als sie sich mühsam wieder zu heben begonnen hatte, kamen die Greuel des 30jährigen Krieges, während dessen der Wohlstand der Stadt wieder sank. Nach dem westfälischen Frieden zählte Dortmund kaum noch 3000 Einwohner. Im Jahre 1806 wurde Dortmund von den Franzosen besetzt, unter den kriegerischen Unruhen der damaligen Zeit war in der Entwicklung der Städte allenthalben ein Stillstand eingetreten, der sich auch hier bemerkbar machte.

Als im Jahre 1815 die Stadt mit der ganzen Provinz Westfalen dem preussischen Staate einverleibt wurde, zählte sie erst 5000 Einwohner; dann aber folgten unter der Herrschaft der Hohenzollern vier Jahrzehnte langamer, jedoch stetiger Entwicklung, besonders auf industriellem Gebiete. Nach dem glänzenden Siege der deutschen Waffen in Frankreich und mit dem gleichzeitig erfolgenden mächtigen Aufschwung der Industrie kam Dortmund in ein Stadium rapider Entwicklung. Im Jahre 1850 zählte die Stadt erst 11 216 Einwohner, im Jahre 1900 bereits 142 733 und die Einwohnerzahl stieg bis zum Jahre 1911 auf 222 000. Diese Ziffern geben Zeugnis von der Kraft und Vollständigkeit eines großen, aufblühenden Gemeinwesens und bieten Gewähr dafür, daß Dortmund seine Ausnahmestellung als einer der Hauptindustriepunkte der Welt, auch in Zukunft zu behaupten verstehen wird.

Die Industrie gibt der Stadt ihr Gepräge. Innerhalb des Stadtkreises befinden sich die großen Eisen- und Stahlwerke Hösch und Union, je 5000 Arbeiter beschäftigend, und angrenzend der Rhönix mit 7000 Arbeitern. Außerdem finden sich noch eine große Anzahl kleiner und mittelständiger Fabriken vor. Dortmund ist die typische Stadt des Bergbaus, ist doch die Stadt selbst durch die Tätigkeit des Bergmanns zum Teil unterwühlt und in einzelnen Teilen durch Bodensenkungen gefährdet.

Nicht unerwähnt bleiben mag auch die Bedeutung Dortmunds als Bierstadt. Sie nimmt in Norddeutschland den ersten Rang ein. Im Jahre 1911 wurden 559 218 Zentner Malz verbraucht und von den Brauereien 5 296 415 Mk. Brausteuer entrichtet. Beachtenswert ist auch die Hafenanlage mit einem bei Herrichsburg gelegenen großartigen Schiffshebewerk, zu dessen Besichtigung den Delegierten Gelegenheit geboten wird.

Von Dortmunds Vergangenheit zeugen einige Denkmäler, so das Rathaus. Es stammt aus dem Jahre 1232 und ist das älteste in Deutschland. Als ein Stück alter Dortmunder Vergangenheit zeigt sich die Femlinde am Bahnhofsgelände. Dortmund war der Sitz des Hauptfreisitzes der Femgerichte, über deren Wesen wohl einige nähere Mitteilungen hier am Platze sein dürften. Vorherrschender des Femgerichtes war stets ein Freigraf, dem mehrere Schöffen oder „Wissende“ als Beisitzer beizuhöhen. Das Verfahren war meist ein geheimes und fanden die Verhandlungen unter freiem Himmel unter einem Baume statt. Auf einem Tisch von Stein lag ein Schwert zur Eidesabnahme und ein Strich zur eventuellen Vollstreckung des Urteils. Ein Freischöffe erhob die Klage. War der Angeklagte ein „Wissender“ so wurde die Klage vor dem heimlichen Gericht, zu dem nur Wissende zugelassen wurden, verhandelt, war er ein „Nichtwissender“, vor dem offenen. Die Vorladung geschah durch einen mit dem Siegel des Freigrafen versehenen Brief, den der Fronbote

an das Haus des Angeklagten anschlug. Erschien derselbe nach dreimaliger Vorladung nicht, so wurde er für „verfemt“, d. h. zum Tode verurteilt erklärt und jeder Wissende war verpflichtet, ihn, wo er ihn antraf, an den nächsten Baum aufzuknüpfen, in welchen dann zum Zeichen der Feme ein Messer gesteckt wurde. Suchte ein Wissender den Verfemten zu retten, so war er als Eidbrüchiger dem Strange verfallen.

Erschien der Angeklagte und war er der Tat geständig, so wurde ihm alsbald das Todesurteil gesprochen und an ihm sofort vollzogen. Leugnete er dagegen die Tat, so mußte er einen sogenannten Reinigungs Eid schwören. Beschwor dagegen der Ankläger seine Klage und wurde hierbei von zwei anwesenden Schöffen als Eidhelfer unterstützt, so galt der Angeklagte als überboten. Stellte der letztere sechs Eidhelfer, so konnte ihn der Ankläger durch deren dreizehn überbieten. Wurde er dagegen durch zwanzig Eidhelfer unterstützt, so erfolgte unbedingt seine Freisprechung. Außer dem gerichtlichen Verfahren bestand bei der Feme auch ein summarisches Verfahren bei „handfester Tat“, d. h. wenn ein Verbrecher auf frischer Tat ergriffen wurde oder seine Schuld zweifellos war. Trafen drei Freischöffen jemand auf frischer Tat, so waren sie verpflichtet, ihn sofort zu richten, d. h. ihn an den nächsten Baum aufzuknüpfen. In dieser Befugnis, die nicht selten zur Befriedigung persönlichen Hasses ausgebeutet wurde, wie überhaupt in der ganzen Einrichtung der Feme, lag der Keim zu großen Mißbräuchen, weshalb denn auch mit der Zeit Klagen gegen die Femgerichte erhoben wurden. Zuletzt wurden förmliche Bündnisse gegen sie geschlossen. Durch die Umgestaltung des Gerichtswesens im Anfang des 16. Jahrhunderts und insbesondere durch die kräftigere Entfaltung der Landeshoheit der Fürsten wurden diese Gerichte endlich ganz aus der Welt geschafft.

Verlassen wir diese dunklen Erinnerungen und wenden wir uns wieder unserer Arbeiterbewegung zu. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat sich heute in Dortmund, wie überhaupt in Westfalen, siegreich Bahn gebrochen. Allerdings ist es Dortmund nicht vergönnt gewesen, mit an der Wiege unseres Verbandes zu stehen. Erst im Jahre 1900 erfolgte die Gründung unserer Ortsgruppe. Nicht leicht war es den Kollegen, hier unserer Bewegung Eingang und Geltung zu verschaffen. Auf der einen Seite einem gewaltigen und finanzkräftigen Unternehmertum, auf der anderen dem skrupellosen Kampf der sozialdemokratischen Richtung gegenüberstehend, mußte jeder Schritt Terrain erkämpft werden. Die Gründung der Ortsgruppe der christlichen Gewerkschaften reizte die Sozialdemokraten zur Anwendung der unsaubersten Mittel, um dem christlichen Gewerkschaftsgedanken den Weg zu verlegen. Vergeblich! Mit erstaunlicher Ausdauer und Opferwilligkeit berichteten unsere Kollegen die notwendige Agitations- und Aufklärungsarbeit. Die Früchte dieser Arbeit sind augenscheinlich. Heute sind im Bezirkskartell Dortmund an 11 000 christlich organisierte Arbeiter vereinigt. Diese werden sich auch für die Zukunft durchsetzen.

Und nun auf denn nach Dortmund, um im Kreise der Gesinnungsgenossen zu beraten, wie unserer großen Sache gerüstet werden kann. In solidarischer Einheit und mit erstem Willen an die Arbeit! Echt westfälische Gastfreundschaft, westfälische Treue, zähe unablässige Arbeit — das sollen die Delegierten in Dortmund finden. Möge denn auch die 7. Generalversammlung unseres Verbandes hier im Lande der ruhigen Kohle und der rotzüngelnden Feueressen zu einem Markstein in der Geschichte der Vorwärtsentwicklung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes werden. In diesem Sinne rufen wir nochmals den Delegierten zu:

Herzlich willkommen in der alten Hansestadt Tremonia!

Noch eine Stimme zum Verbandstage!

Die Kollegen, die sich bisher an der Aussprache über die Generalversammlung im Verbandsorgan beteiligten, beschäftigten sich vornehmlich mit der Vertragsfrage und dem Unterhaltungs...

Mit diesen Dingen will ich mich aber nicht beschäftigen, weil ich das Vertrauen zum Verbandstag habe, daß er das Richtige treffen wird.

Wie bringen wir unsern Verband vorwärts?

Gewiß ist unsere Zahl gestiegen; in den zwei letzten Jahren um 20 000 sogar. Doch ein Vermutungstropfen fällt in diesen Freudenbecher.

So weit ausgebeugt das Agitationsfeld in der Metallindustrie noch ist und so mannigfaltig wie die Verarbeitung noch betrieben werden kann, es gibt trotzdem eine ganze Reihe von Verwaltungsstellen...

Bedauerlich ist die Folgerscheinung der geringen Verarbeitung. Denn trotz der allgemeinen Mitgliederzunahme von fast 10 000 in jedem der beiden Berichtsjahre hatte eine größere Zahl von kleineren Verwaltungsstellen statt Zuwachs noch einen Rückgang zu verzeichnen.

Schon in Nr. 52/1910 unseres Verbandsorgans habe ich den Unproduktiven ein Privatstimium gehalten und gleichzeitig ihrer Tätigkeit gedacht, soweit sie im „Deutschen Metallarbeiter“ etwas von sich hatten hören lassen.

Nachfolgend daher eine Zusammenstellung derjenigen Ortsgruppen, die in den beiden letzten Jahren weniger wie 15 Aufnahmen zu verzeichnen haben.

- Coesfeld 3 + 1 (0), Hösfel 0 + 0 (0), Amern 7 + 1 (2), Kobleng 0 + 0 (0), Euskirchen 5 + 6 (0), Förde 2 + 9 (1), Stromberg 0 + 0 (0), Hoppeler-Vontkischen 8 + 4 (1), Darmstadt 1 + 5 (4), Großauheim 8 + 6 (0), Hanau 2 + 10 (0), Hedderheim 4 + 8 (1), Kl.-Eisenheim 0 + 0 (0), Wiesbaden 11 + 3 (1), Bruchsal 2 + 4 (0), Würstald 7 + 6 (1), Lamsbricht 1 + 1 (0), Dagersheim 3 + 5 (0), Ginsheim 3 + 2 (0), Güttenbach 2 + 3 (0), Lauterbach 3 + 5 (0), Seidenheim 4 + 8 (1), Schullensried 4 + 4 (1), Schwemingen 7 + 0 (0), Wöhren-

- bach 10 + 5 (2), Trüberg 10 + 5 (0), Merzweiler 0 + 0 (0), Etzhausen 0 + 8 (0), Wengen 5 + 6 (1), Oberhildstadt 8 + 5 (1), Erlangen 1 + 1 (0), Markt-Redwitz 3 + 9 (0), Koll 2 + 6 (0), Fillich 6 + 1 (0), Braunfels 6 + 3 (0), Erfurt 0 + 13 (0), Stöckel 1 + 2 (0), Mülhausen i. Th. 1 + 3 (0), Wolfenbüttel 7 + 6 (0), Graubenz 1 + 6 (1), Königberg 0 + 0 (0), Königshuld 3 + 3 (0), Meise 4 + 0 (0), Meisenstein 0 + 0 (0), Schneidnitz 7 + 8 (0), Theresienhöhe 6 + 2 (0), Wauzen 2 + 5 (0), Dresden 4 + 9 (2), Glauchau 0 + 3 (0), Gölitz 1 + 6 (0), Meisen 5 + 4 (1), Delmenhorst 1 + 2 (0), Leer 0 + 0 (0), Lübeck 6 + 5 (0), Mendoburg 2 + 0 (0).

Diese unbedeutenden Ergebnisse sind bedauerlich. Es könnte anders sein, wenn allerorts mit Mut und Tatkraft unsere Sache vertreten würde.

Ganz wenig über 15 Aufnahmen hatten noch folgende großen Orte: Aschaffenburg 16, Frankfurt 17, Speier 16, Worms 19, Furtwangen 20, Schramberg 18, Straubing 20, Landsberg 16, Bamberg 16, Brönberg 17, Breslau 27.

Tollfroh werden die genannten Plätze antworten: „Ja, in unserer roten Hochburg ist nichts zu machen.“ Doch auch diese Ausrede kann mich nicht rühren; die Ankunft der Abrechnung lautet anders.

Mein Wunsch an die Generalversammlung lautet daher: Generalversammlung möge beschließen: Die Bezirksleiter haben unterjährig in allen Ortsgruppen ihres Bezirks die Vorarbeiten für eine Hausagitation einzuleiten.

- 1. Wieviel Metallarbeiter sind im Gebiete der Verwaltungsstelle beschäftigt?
2. Wie viel sind davon organisiert und in welchem Verband?
3. Wieviel Metallarbeiter arbeiten in jedem Betrieb und in welchen Verbänden sind sie organisiert?
4. Wieviel nichtorganisierte Kollegen arbeiten in jedem Werk der Verwaltungsstelle?
5. Wieviel Namen, mit genauer Wohnungsangabe von unorganisierten Metallarbeitern hat die Gruppe zwecks Bearbeitung durch Hausagitation vorrätig?
6. Wieviel Kollegen aus der Gruppe haben am 6. Oktober 1912 Hausagitation betrieben?
Wenn die Generalversammlung diesen Beschluß faßt, die Ortsvorstände und Angestellten des Verbandes zur Durchführung verpflichtet, und endlich alle Kollegen ihre Kräfte in den Dienst

unserer guten Sache stellen, ist großes zu erreichen. Darin ihr Delegierten, treibt mit Feuereifer an die Spitze, schiebt all kleinlichen Dinge und „Aberbräder“ beiseite, zeigt, daß ihr Wohl was ihr willt, und tolt was ihr wißt!

Nicht jagen nach Ruhm ist's, was uns befeht: Frei woll'n wir sein auf der Erde!

Das ist aber nur zu erreichen für die Metallarbeiter aller Branchen, wenn der letzte christlich-national gesinnte Kollege mit uns kämpft, und die Ortsgruppen alles daransetzen, die unorganisierten Kollegen unseren Reihen zuzuführen.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Das Jahr 1911 hat die christlichen Gewerkschaften wieder um ein gutes Stück vorwärts gebracht — trotz aller Kämpfe, die sie nach den verschiedensten Richtungen hin anzufechten hatten.

Weil die sozialdemokratischen Gewerkschaften einer theoretischen Grundlage ermangeln, sich vielmehr wirtschafts- und staatspolitisch einfach zu den Grundsätzen der Sozialdemokratie bekennen, sehen sich die christlichen Gewerkschaften immer mehr genötigt, ihre von der Sozialdemokratie abweichende

Stellung zu den verschiedensten Problemen, die sie betreffen, auch theoretisch zu umschreiben. Aus diesem Gesichtswinkel heraus wurde im Berichtsjahr in dem führenden Organ der christlichen Gewerkschaften deren Stellung sowohl zum Staate und zu den Unternehmern wie überhaupt zur Volkswirtschaft scharf umschrieben, was zu einer lebhaften öffentlichen Auseinandersetzung führte.

Die Art und Weise, wie diese Auseinandersetzung erfolgte, und das starke Maß der Beteiligung an derselben von den verschiedensten Lagern her bewiesen schlagend, daß Entwicklung und Tätigkeit unserer Bewegung mit mehr Interesse und Aufmerksamkeit verfolgt werden, als es die Gegner wahr haben wollen.

Diese Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften, bereinigt von der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse bestig angegriffen wurden, deckt sich in Grund genommen durchaus mit dem, was Vernekin von der Gewerkschaft verlangt: „Sie (die Gewerkschaft) wird nie außer acht lassen, daß sie nur ein Glied im großen Organismus der gesamten Volkswirtschaft ist, deren Gedeihen an den Produktionsfortschritt, die Hebung der Pro-

„Die Andern!“

(Eine lehrreiche „Gespensergeschichte“ für ängstliche Gemüter.)

Motto: Ein großer Teil der Sorge besteht aus unbegründeter Furcht. (Hilky.)

Es war im Herbst 1908 gleich nach der Münchener Generalversammlung; wir saßen mitten drin in der Krise und doch galt es, die beschlossene Beitragserhöhung durchzuführen.

Weltabgeschieden lag A. inmitten seiner Berge; der Grundbesitz war Eigentum eines Edelmannes, nur kleine Parzellen befanden sich in der Hand der Dorfbewohner.

Trotzdem mußte die Aufgabe gelöst werden, das bedurfte gar keiner Frage. Doch wie war sie hier ohne Mitgliederverluste zu bewerkstelligen? — Im ganzen Bezirk konnte die Beitragserhöhung ohne nennenswerte Erschütterungen des Mitgliederbestandes der Gruppen erledigt werden.

Beitragserhöhung zu haben, es wird auch gelingen, die Kollegen, welche in die Versammlung kommen, zu überzeugen, aber — was machen wir mit den „andern“, die niemals da sind? Diese werden sicherlich abspringen, und das sind mindestens 30 von unseren 70 Mitgliedern.

Zuerst sprach einer von den Kollegen, die sehr selten kommen, weil sie „Sans Dampf in allen Gassen“ sein müssen, die aber, wenn sie einmal auftretend sind, sich am liebsten in der Pose des Allertweltvertreter reben hören.

Die Rede war er sich aber verwundert im Saale umher, als ich ihm sagte: „Lieber Kollege, mit den herkömmlichen „andern“ hast du diesmal kein Glück; alle die „andern“ sind nämlich auftretend und können selber ihre Meinung sagen.

diese Kollegen den Groschen Beitragserhöhung gern bezahlen werden. Heinrich B. machte dazu folgende Bemerkung: „Warum soll ich den Groschen nicht übrig haben? Früher, als wir keinen Verband hatten, verdiente ich 18 Groschen. Als ich wegen einer Lohnerhöhung einkam, wurde der Meister grob — ich schwieg auch nicht still — und das Ende vom Liede war, daß ich eine Arbeit erhielt, bei der ich den ganzen Winter im Freien arbeiten mußte.“

Die Diskussion ging lebhaft weiter, größtenteils sprach man sich für die Beitragserhöhung aus, nur ganz vereinzelt wurden Bedenken geäußert. Schließlich griff Wilhelm S. in die Debatte, der als ruhiger und besonnener Kollege allgemeines Vertrauen genoß; er sagte: „Es ist wahr, wollen wir unser Ziel erreichen, brauchen wir eine gut fundierte Klasse. Schenken tut uns niemand was, erben werden wir auch nicht, folglich müssen wir es selbst zahlen.“

aktivität und die Verbesserung des Geschmacks gebunden ist. Nur der Fortschritt, der dem Gesamtorganismus zugute kommt, gereicht, nach demselben Versteht, auch der Gewerkschaft zum Vorteil.

Gelingt es übrigens, der öffentlichen Meinung eine Auffassung von der gewerkschaftlichen Tätigkeit und Einwirkung zu eigen zu machen, wie sie in vorstehendem angedeutet wurde, dann ist das der wirksamste Schutz gegen die

Bestrebungen zur Einbürgerung des Koalitionsrechts

der Arbeiter, wie sie im Berichtsjahre auf Seiten der Arbeitgeber von der schärferen Tonart mit gesteigertem Nachdruck in die Erscheinung traten. Diese Bestrebungen, die sich wie eine Krankheit forterben und vor denen man daher niemals sicher ist, müssen in der Öffentlichkeit deutlich als ein Uebel, das die gesunde Entfaltung des Gesamtorganismus hemmt, aufgedeckt und gekennzeichnet werden. Das deutsche Wirtschaftsleben ist, infolge seiner beschränkteren Stellung auf dem Weltmarkt, mehr wie irgend ein anderes auf die Entfaltung der Initiative des Arbeiters angewiesen. Diese Initiative bedingt aber ein gewisses Freiheits- und Selbständigkeitsgefühl des Arbeiters, an das jedoch bei dem einzelstehenden Arbeiter den infolge des ihm als einzelnen niederdrückenden Gewichtes der Pöflichkeit im Verhältnis zu der heutigen Übermacht, namentlich des unerbittlichen Betriebs, nicht zu denken ist. Erst die Organisation ist die Kräfte im Arbeiter aus, die ihm das Bewusstsein der Persönlichkeit wiedergeben. Darum handelt es sich auch bei den Koalitionsbestrebungen der Arbeiter um eine Bewegung, an deren Verlauf und Entwicklung das gesamte Volk interessiert ist. Es stehen dort Werte auf dem Spiel, deren Zerschmetterung vor einem, nach heutiger Auffassung nicht mehr berechtigten patriarchalischen Empfinden unmöglich halt machen konnte. Der Gesetzgeber seinerseits hat dieser Entwicklung der Dinge durchaus Rechnung zu tragen.

Diesem Arbeitgeber, der sich so besorgt stellen, wegen des angeblichen Mißbrauchs des Koalitionsrechts, muler Hinweis auf die dadurch herbeigeführte „Wachstum des Nationalwohlsta“ können ein gelegentliches Durchbrechen ihrer wahren Natur nicht verhindern, wobei dann alles andere als ein wohlgemeinter Patriarchalismus zutage tritt, geschweige denn die Sorge um das Nationalwohl. Als im Berichtsjahre die Bestrebungen angelegener Sozialpolitik,

das Einigungswesen

den heutigen Bedürfnissen entsprechend auszubauen und damit dem nationalen Wirtschaftsleben die ärgsten Erschütterungen zu ersparen, in steigendem Maße die Sympathie der Öffentlichkeit fanden, gelte der faustische Schrei der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ in die Auseinandersetzungen hinein: „Dann lieber noch eine weitaus größere Verschärfung der Arbeitskampfe, als sie uns bisher schon beschieden war.“ Dieser Ausruf spricht für die Psychologie der betreffenden Arbeitgeberkreise geradezu Bände. Es sollte die an dem Ausbau des Einigungswesens interessierten Kreise erst recht in ihren Bestrebungen bestärken. Bekanntlich haben die Organe der betr. Arbeitgebergruppen den angeblichen Bankrott des Einigungswesens mit Zahlen beweisen wollen. Die Messung der „Arbeitgeber-Zeitung“ zeigt aber, wie wenig man sich selbst von solchen Beweisen verbricht. Denn wer sich seiner Sache sicher fühlt, ist auch vor berartigen Auswüchsen der Leidenschaft geschützt. Insbesondere sollten die Ereignisse in England und von diesen namentlich wieder der im Berichtsjahre stattgehabte Generalstreik der Eisenbahner, das Versagen des Einigungswesens dazum. Tatsächlich konnte das Gegenteil nachgewiesen werden, indem die englischen Eisenbahngesellschaften die bestehenden Einigungsinflangen ignorierten und dadurch die Leute geradezu zum Kampf aufstachelten. Es ist ja auch die natürlichste Sache von der Welt, daß ein vernünftiger Einigungsapparat, der nicht die Narratur eines solchen ist und dessen unumwandelbares Funktionieren gewährleistet wird, die gewerkschaftliche Explosionsgefahr wesentlich vermindert. Zumal in Deutschland, von dessen lebender Generation der größte Teil in sozialpolitischen Anschauungen aufgewachsen ist und dessen öffentliche Meinung sich daher weder Arbeitgeber noch Arbeiter gene verscherzen wollen.

Die christlichen Gewerkschaften haben die Frage einer besseren Regelung des Einigungswesens im Berichtsjahre mehrfach diskutiert und Vorschläge in diesem Sinne gemacht. Unter Hinweis auf die von ihnen gemachten Erfahrungen verlangen sie eine solche Art der Regelung, daß auch den Minderheitsorganisationen die Möglichkeit geboten wird, ihre Interessen wahrzunehmen. Die Schieds- und Einigungsinstanzen

Dort wird er seinen Zweck besser erfüllen. Ist der Verband finanziell gut gestellt, dann kann er großes für die Berufsgenossen leisten. Alle werden dann erträgliche Bedingungen erhalten, und das ist, worauf es ankommt. Wenn es allen gut geht, dann geht es mir auch gut. „Darum alles für unsern Verband.“

Lebhafte Zustimmung folgte den mit großem Ernst gesprochenen Worten. Zum Schluß nahm ein alter 70jähriger Kollege das Wort, der vom 18. bis 40. Lebensjahr fern der Heimat in den verschiedensten Bezirken Deutschlands, in Belgien, der Schweiz und in Desterreich gearbeitet hatte. In einfachen schlichten Worten schilderte er die Schattenseiten des Arbeiterlozes und sagte dann: „Kollegen, die Arbeiter sind zu vergleichen mit dem Schnee unserer heimischen Berge. Die einzelne Schneeflocke ist nichts, sie zerfließt, und wenn sie auch noch so groß ist; ebenso ohnmächtig ist der einzelne Arbeiter. Nehmt ihr aber eine Handvoll frisch gefallenen Schnees, preßt ihn fest zusammen, dann könnt ihre eine Festschneise damit einwerfen; das ist nicht viel, aber schon etwas. Genau so viel gilt eine Handvoll entschlossener Männer. Wenn es aber einige Stunden ununterbrochen schneit, flode auf flode fällt und es kommt noch ein heftiger Frost hinzu, dann bleiben die schwersten Schnellzugskomotiven bei W. im Schnee stecken. Genau so steht es um uns. Die Einigkeit allein tut nicht, ein festes Band der Macht muß uns umschlingen. Der feste Rückhalt für uns christliche Metallarbeiter ist die starke finanzielle Grundlage unseres Verbandes.“

Nach diesen wahrhaft gewerkschaftlichen Worten fand die Abstimmung statt. Einstimmig wurde die Vertragsverhandlung ausgebehalten. U. entwickelte sich nicht nur weiter, sondern ist heute eine der päflichsten Gruppen des Verbandes. Allen aber, die vor lauter Erregungen um die „anderen“ zu keinem Entschluß kommen können, möchte ich die Worte Rückerts ins Gedächtnis rufen, die da lauten:

Schlage nur mit der Wunschelrut' In die Felsen der Herzen an; Ein Schlag in jedem Hufen ruht, Den ein Verständiger heben kann.

Esperuus.

müssen vom ersten bis zum letzten Glied die Gewähr einer wirklichen Unparteilichkeit bieten u. jeder Willkür einen Riegel vorzulegen. Prinzipiell treten die christlichen Gewerkschaften auch für die Schaffung eines Reichs einigungsamtes ein, nicht als einer rein bürokratischen Behörde, sondern als einer aus dem wirklichen Leben organisch herauswachsenden Institution. Ihr würde eine weite Mitwirkung auf dem Gebiete der Vorbereitung und

Schaffung eines Arbeitsrechts

einzukommen sein, indem sie für eine Vereinheitlichung der auf den Arbeitsvertrag bezüglichen Rechtsprechung einzutreten und zu wirken hätte. Die Bedürfnisse des gewerkschaftlichen Lebens haben längst schon den Nachdruck geprengt, innerhalb dessen sich das heutige, ganz anderen Voraussetzungen angepaßte Recht bewegt. Neben diesem Recht und in einzelnen Bestimmungen sogar gegen dasselbe hat das Leben mit seiner unbeeuglichen Logik ein schnell anwachsendes Stück eines neuen Rechtes der Arbeit geschaffen, bei dem es sehr darauf ankommt, daß ihm nach und nach eine einheitliche Form gegeben werde. Dagegen sollte man aber auf die verständnisvolle Mitwirkung derjenigen Institutionen setzen, deren Tätigkeit die neuen Rechtsauffassungen mit in erster Linie ins Leben gerufen hat: die Gewerkschaften. Diese haben gerade auf dem hier in Rede stehenden Gebiete auch für den Ausführenden deutlich erkennbar eine kulturelle Wirksamkeit ersten Ranges entfaltet und sich als wirkliche Kulturbewegung erwiesen. Mit ihren Tarif-, Schieds- und Einigungsbestrebungen beginnt das Rechtsbewußtsein einen weniger formalistischen, einen mehr freiheitlichen, vor allem aber sozialen Zug in sich aufzunehmen, wie er der heutigen Auffassung vom Zwecke des Rechts entspricht. Der Übergang wird auch hier kein leichter sein. Eben deshalb aber empfiehlt es sich, die Ueberleitung durch die Schaffung eines Sonderrechts, des Arbeitsrechts, anzustreben, nicht aber durch die Verdrängung des heute schon bestehenden Paragrafensträubes, indem man ein neues Reis auf einen alten Stamm zu propfen sucht — weil eben in manchem Wesensungleichheit besteht. Allerdings ist dabei zugleich an die Gewerkschaften die Forderung zu richten, daß sie sich selber treu bleiben. Das Berichtsjahr hat einzelne Fälle gezeigt (wir erinnern auch an dieser Stelle nochmals besonders an das Vorgehen der Berliner Maschinenfabrik, wo es sich zeigte, daß Gewerkschaften das Recht mißachteten, das sie sich selbst geschaffen. Der unsere vorstehend ausgedrückten Ansichten angeht, wird es verstehen, warum wir von den Gewerkschaften unter normalen Verhältnissen die strikte Einhaltung der eingegangenen Rechtsverpflichtungen mit größtem Nachdruck immer wieder fordern.

Die Forderung der Gewerkschaften gegen sich selbst scheint durchaus nicht allgemein als die Selbstverständlichkeit angesehen zu werden, wie man wohl annehmen könnte. Das hat sich im Berichtsjahre, und im laufenden Jahre erst recht, deutlich gezeigt in den alles Maß übersteigenden Klappbelastungen und Verdächtigungen, denen sich die christlichen Gewerkschaften ausgesetzt haben wegen ihrer

Stellung zum Streik.

In dem Programm der christlichen Gewerkschaften, wie es durch die Münster Zeitschrift formuliert wurde, wird gesagt, daß „die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften von vernünftlichem Geiste durchweht und getragen sein“ soll. Insbesondere aber heißt es: „Der Ausstand darf nur als letztes Mittel und wenn Erfolg vorherzusehen ist angewandt werden.“ Es kann angegeben werden, daß auf diese Programmpunkte in den letzten Jahren mehr Nachdruck gelegt worden ist, wie in der „Sturm- und Drangperiode“ der Bewegung. Ueber die Gründe brauchen sich unsere Gegner aber nicht so den Kopf zu zerbrechen, wie sie es zu tun vorgehen. Die Erklärung liegt in ihrem eigenen Verhalten. Der machtvollste Ausschlag der deutschen Gewerkschaften fällt in die Zeit der Hochkonjunktur, die zwischen dem Abschluß der deutschen Wirtschaftskrisis im Anfang des Jahrhunderts und der amerikanischen Krisis vom Jahre 1907 lag. Wer sich darüber klar werden will, wie sehr in dieser Periode die Arbeiter mit Hilfe ihrer Gewerkschaften ihren Anteil am Wirtschaftsvertrag erhöht haben, vergleiche einmal die Lohnsätze in den wichtigsten Berufen mit starker Organisation am Anfang des Jahrhunderts und am Ende der Hochkonjunktur. Es war eine Zeit, wo die Arbeiter die Notwendigkeit und Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation sozusagen mit den Händen greifen konnten; daher der gewaltige, massenartige Zustrom in die Gewerkschaften. Sehr oft erschien den Leuten die Organisation in der Hauptsache als die Institution, die eine ihnen notwendig scheinende Lohnbewegung geordnet zu leiten und mit der größtmöglichen Aussicht auf Erfolg zu Ende zu führen geeignet war, was in den Aufschwungsphasen auch meist gelang. Dann aber kam die Krisenperiode mit ihren starken Anforderungen an die gewerkschaftliche Disziplin. Den vielfach noch ungeschulten Massen mußte mit geradezu übermenschenlichen Anstrengungen eine gewerkschaftliche Erziehung vermittelt werden: sie mußten lernen, in der Gewerkschaft etwas anderes als eine bloße Streikvereinigung zu erblicken. Mit dem Anwachsen der Gewerkschaften war auch ihre Verantwortung erheblich gestiegen. Und die Mitglieder mußten sich an den Gedanken gewöhnen, daß nicht das Maß ihrer Wünsche für die Haltung der Gewerkschaft ausschlaggebend sein kann, sondern das Maß des wirklich Erreichbaren. Weil sodann auch die Beiträge durchweg gesteigert worden waren, begannen die Generalversammlungen eifriger, genauer wie das solideste und gesundeste Geschäftskonfortium, darüber zu wachen, daß die Fonds nicht zu riskanten Spekulationen verwendet würden. In dieser geklärten Situation erschienen denn auch Versuche, wie sie namentlich der sozialdemokratische Bergarbeiterverband unternahm, zur Stärkung der eigenen Position die Organisation zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, selbst dem einfachsten Mitglieder mehr und mehr als das, was sie waren: als ein Baranque-Spiel, dessen Ausgang immer die nicht sozialdemokratischen Organisationen schwächen, wenn nicht zerrüttern mußte. Und demgegenüber zeigten die christlichen Gewerkschaften nicht nur die Zähne, sondern sie nahmen die strikt ablehnende Haltung ein, die ihnen ihre Grundsätze auferlegten, nicht ohne die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, wo der Herd der Fäulnis saß.

Dieser einfache geschichtliche Rückblick beantwortet die Frage, ob hinsichtlich der Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zum Streik eine grundsätzliche Änderung eingetreten sei, mit einem runden Nein. Zum Ueberflus zeigt die Rubrik „Kassenverhältnisse“ in diesem Jahresbericht, daß die christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre einen kaum geringeren Betrag an Streiks- und Gemafregelunterstützung ausgegeben haben, wie im Vorjahre, wo dieser Posten die höchste hierfür überhaupt erreichte Höhe aufwies. Sieht man von dem hohen Betrag ab, den die Bauarbeiter infolge ihrer großen Bewegung in 1910 verausgaben mußten, so stellt sich das Berichtsjahr sogar als das an Bewegungen reichste Jahr für die

christlichen Gewerkschaften dar. Braucht es eine überzeugendere Sprache dafür, daß die christlichen Gewerkschaften sich auch in dieser Beziehung nicht geändert haben? Die Gewerkschaften können eben den Streik als letztes Mittel nicht entbehren, insbesondere solange nicht, als viele Arbeitgeberorganisationen und Unternehmer eine Haltung einnehmen, die die Gewerkschaften gegebenenfalls geradezu zum Streik zwingt, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollen, solange auch nicht, als man mit allen Mitteln nach den äußersten Restriktionen in der Ausprägungstaktik strebt. Man wird uns auch fernere auf dem Plan finden, wo es normal, war unserer Verantwortung bewußt, aber eben darum so entschieden wie nur möglich bereit, zu tun, was die Stunde heißt.

Der diesjährige Jahresbericht geht zu einer Zeit ins Land, wo die breitetste Öffentlichkeit durch ihre lebhafteste Anteilnahme an dem Geschick der christlichen Gewerkschaften aufs nachdrücklichste bekräftigt hat, daß die christlichen Gewerkschaften zu einem Faktor geworden sind, ohne den man sich unser öffentliches Leben kaum noch denken kann. Das bezeugt uns: die Zeit, in der wir gekrebt und gearbeitet haben, war nicht umsonst gelebt.

Wir haben uns unseren Platz erobert

in verhältnismäßig kurzer Zeit und die Öffentlichkeit erwartet von uns, daß wir ihn zu behaupten wissen. Die christlichen Gewerkschaften haben selbst kaum jemals soviel und so durchschlagendes Material für ihre Existenznotwendigkeit zusammengetragen, als in der jüngsten Zeit von britter Seite zu ihren Gunsten geschehen ist. Es war dies einer von jenen historischen Momenten, wo sozusagen nur eine Frage auf allen Lippen liegt. Und wir dürfen es mit Befriedigung und einem gewissen Stolz sagen, daß unsere Organisationen sich nach allgemeinem Urteil tatsächlich unentbehrlich gemacht haben.

Wie sollen wir auf diese Vertrauenskluggebung anders und besser antworten, als dadurch, daß wir unsere Reihen mit allen Mitteln zu stärken suchen! Manch neuer Freund ist gewonnen, und mancher, der bisher noch unentschieden war, ist jetzt bereit, sich für eine Bewegung einzusetzen, die so sehr einem wirtschaftlichen, nationalen und allgemeinen sozialen Bedürfnis entspricht. An unsere Mitglieder im Lande weiterhin ergeht die Aufforderung, die Situation auszunutzen. Die Bestrebungen, die an ein drohendes Gefallen des Wirtschaftsstandes geknüpft wurden, haben sich als unbegründet erwiesen. Noch ist es Zeit, der Propagandatätigkeit eine breite Entfaltung zu geben. Wenn der Herbst kommt, müssen alle Vorbereitungen zu einer umfassenden Werbung getroffen sein. Wir sind mehr denn je dem ganzen Volke für den Fortschritt unserer Bewegung verantwortlich. Ein jeder sei sich bewußt, daß es auch auf ihn ankommt. Das Werkbestem ist so ausgeführt, daß es Erfolge zeitigen muß, wenn nur ein jeder den ersten Willen hat. Also auf, ohne Verzug! (Fortsetzung folgt.)

Die deutsche „Handelsbilanz“.

Im Jahre 1911 betrug, zugerechnet die Edelmetalle, der Gesamtwarenhandel Deutschlands 17 645 Millionen, der Englands 21 057 Millionen Mk. Deutschlands Außenhandel ist demnach dem englischen schon recht nahe gerückt und steht unter allen Handelsstaaten nunmehr an zweiter Stelle. Ueberdies hat er in den letzten 20 Jahren, seit 1891, auch die größte Zunahme von über 10,3 Milliarden Mk. erfahren, während Englands Außenhandel in der gleichen Zeit um 8,4 Milliarden Mk., der der Vereinigten Staaten um 8 Milliarden Mark gestiegen ist.

Sehr bedeutsam ist nun hierbei das Verhältnis, in dem Einfuhr und Ausfuhr zueinander stehen. Es betrug im Jahre 1911 in Millionen Mark

	die Einfuhr	die Ausfuhr	der Einfuhrüberschub
in Deutschland	9544	8101	1443
in England	11789	9268	2521

Daraus folgt zunächst, daß wir in der so wichtigen Ausfuhrfähigkeit — und zwar ist sowohl in Deutschland wie in England fast ausschließlich Industrieausfuhr — England noch um sehr vieles nähergerückt sind als in Gesamtwarenhandel. Das bedeutet, als Industrieanfuhrland stehen wir heute mit England nahezu gleich.

Doch das ist's nicht, was an jenen Riffen am meisten auffällt. Bumeist ist es der große Ueberschub der Einfuhrwerte über die Ausfuhrwerte, der Verwunderung, ja Bedenken erregt. Manchem möchte dieser starke Einfuhrüberschub unerklärlich scheinen, umsomehr, wenn er hört, daß wir schon jahrzehntelang eine solche „passive Handelsbilanz“, d. h. also, eine größere Einfuhr als Ausfuhr haben. Denn auf den ersten Blick könnte die Furcht einer Auspoierung, einer Verarmung Deutschlands berechtigt erscheinen, da wir doch bei einer solchen „passiven Handelsbilanz“ anscheinend mehr an das Ausland zu bezahlen haben als das Ausland an uns. Und doch ist diese Furcht unberechtigt. Maßgebend für den Ausgleich der zwischen den einzelnen Ländern und Volkswirtschaften sich hin- und herschiebenden Kapitalwerte ist nämlich nicht die „Handelsbilanz“, sondern die „Zahlungsbilanz“. Das will heißen: Nicht nur auf Grund des Waren- ausfuhrverkehrs, der allein in der „Handelsbilanz“ auf Grund der Handelsstatistik zum Ausdruck kommt, können Zahlungsverpflichtungen entstehen, sondern es kommt da noch eine ganze Reihe von anderen Beziehungen in Betracht. So stehen gewaltige Summen deutschen Kapitals im Ausland, die wir fremden Völkern bzw. ihren Regierungen zur Durchführung notwendiger Staatsaufgaben geliehen haben.

Andere gewaltige deutsche Summen fließen in den landwirtschaftlichen, den Industrie-, den Verkehrsunternahmen fremder Länder. Von all diesen Kapitalien haben die fremden Staaten und Volkswirtschaften uns die Zinsen zu bezahlen. Von den in fremden Erwerbsunternahmen fließenden deutschen Kapitalsummen kommen dazu auch die Betriebsüberschüsse, die nach Deutschland zurückfließen, soweit sie nicht im Ausland zu Neuanlagen benutzt werden. Ferner besorgt die deutsche Handelsflotte nicht bloß den deutschen Warenverkehr, sondern ist nach und neben England die stärkste und größte Vermittlerin des Warenverkehrs auswärtiger Staaten untereinander sowie des Transportes fremder Waren nach Deutschland. All die riesigen, hierdurch für fremde Nationen besorgten Fracht- und Speditiionsgeschäfte bedingen gewaltige Zahlungen an die deutschen Kapital- und Handelsgesellschaften. Endlich ist auch der internationale Geld- und Börsenverkehr in Betracht zu ziehen; auch da hat Deutschland eine sehr achtsame Stellung unter den Völkern sich erringen und bezieht daraus Epesen, Provisionen usw. Daher kommt es, daß das Ausland viel mehr und viel weitergehende Zahlungsverpflichtungen Deutschland gegenüber hat, als aus der Bilanzung unserer Industrieausfuhr sich ergibt. Diese Zahlungs-

Verpflichtungen erlegt nun das Ausland nicht durch Geld, sondern sucht sie möglichst durch gesteigerte Waren- (zumeist Rohstoffe) Einfuhr nach Deutschland abzugleichen. So kommt es, daß dann in der Warenverkehrsstatistik und demzufolge auch in der Handelsbilanz sich höhere Einfuhrwerte ergeben als unsere Ausfuhrwerte sind. Im internationalen Zahlungsverkehr werden dann die Werte dieser Mehreinfuhr von Waren abgeglichen gegen die Zahlungsverpflichtungen, die wir vom Ausland zu fordern haben.

Diese aus den Werten unserer Einfuhr und den sonstigen Zahlungsverpflichtungen des Auslandes uns gegenüber sich zusammensetzende „Bilanz“ ist maßgebend dafür, ob im internationalen Verkehr eine Volkswirtschaft vorankommt oder nicht. Seit Jahrzehnten ist aber zwar die deutsche Handelsbilanz „passiv“, d. h. die Einfuhrwerte des Warenverkehrs sind größer als die Ausfuhrwerte, jedoch die „Bilanz“ ist „aktiv“, d. h. wir haben vom Ausland mehr an Zahlungen zu fordern wie das Ausland von uns. Darum ist Deutschlands Volkswirtschaft trotz der „passiven Handelsbilanz“ nicht zurück, sondern glänzend vorangekommen.

Vom faulen „Wirtschaftsfrieden“ im Eldorado der Gelben.

Sie müssen sich unweigerlich scheren lassen, die Beobachtern merken „gelben“ Lämmer auf den Gefilden zu erblicken. Dafür sind sie da; dafür dürfen sie sich auch den „Kirchhofsfrieden“ als „Wirtschaftsfrieden“ preisen lassen, bei festlichen Anlässen in der Hüttenuniform an ihren Öfner vorbeizufilieren und auf Kommando Hurra rufen und Beifall klatschen. Das alles dürfen die Gelben. Noch mehr: Sie dürfen still halten — und, wenn keiner hört, sogar unzufrieden murren — denn die laarabischen Macht haben ihnen Söhne und Rechte beschneidet; sie dürfen sich freuen, wenn die Aktionäre der Burbacher Hütte 35 Prozent Dividende einstreichen und sie dürfen endlich in allen Tönen die Freigebigkeit und Güte ihrer Arbeitgeber preisen, die es sich zu Weihnachten nicht nehmen lassen, auch ihren Gelben, die den „Kirchhofsfrieden“ treu gewahrt, ein paar Droschken zukommen zu lassen. Eines aber dürfen die Gelben nicht, nämlich freie Männer sein, die ihre Rechte wahren und verteidigen. Dadurch würde ja der laarabische „Wirtschaftsfrieden“ in Trümmer gehn. Darum ist es für die Gelben strengste Pflicht, mit „Mannesmut“ jede selbständige Regung ihres besseren Ich zu ersticken, getreu dem Motto:

„Vertraut Eurem Werksmagnat,
Der liebend „hegt“ den Gelben-Etaut
Durch dekretieren, walten, schalten. —
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.“

Auch die Arbeiter der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke in Völklingen haben sich zum großen Teile dazu hergegeben, ihre Interessen im „Kirchhofsfriedlichen“ gelben Werkverein von der Firma „hegen und pflegen“ zu lassen. Sie glauben dabei ein gutes Geschäft zu machen. Die Firma und Herr Dr. Tille hatten es ihnen 2-Mal genau vorgeredet, wieviel sie als „Gelbe“ sparen und verdienen könnten. Und die Arbeiter „sparten“ die Gewerkschaftsbeiträge — die Firma freute sich dessen und förderte diesen „Sparplan“ ihrer Hüttenleute noch durch ein jährliches Almosen von 25 M. Die Firma tat das mit Vergnügen, denn sie sparte in Wirklichkeit am meisten bei der Gehalts-, nämlich — an den Löhnen der Arbeiter.

Wie sehr sich die Förderung und Subventionierung der „Kirchhofsfriedlichen“ gelben Arbeiterbewegung für die Firma rentiert, dafür ein Beispiel aus jüngster Zeit. Unter den „Wohlfahrts-Einrichtungen der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke“ figuriert auch eine Invaliden-, Witwen- und Waisenspensionskasse. Auf Anordnung der Regierung muß diese Kasse jetzt die Beiträge erhöhen, um eine solide finanzielle Basis für ihre statutarischen Verpflichtungen zu schaffen. Eine solche solide Fundierung kostet aber Geld. Die Firma behauptete, sie sei nicht in der Lage, höhere Beiträge für die Pensionskasse ihrer Arbeiter zu zahlen und schlug vor, die Kasse in eine freie Hilfskasse ohne Rechtsanspruch umzuwandeln. Sollte die Kasse aber mit erhöhten Beiträgen weiter bestehen bleiben, dann könne sie in Zukunft nicht mehr wie bisher die Hälfte, sondern nur noch ein Drittel der Beiträge bezahlen.

Ob diesem Vorschlag der Firma wäre nun beinahe der gelbe „Kirchhofsfriede“ in die Brüche gegangen. Der Tabak war selbst den Gelben zu hart. Eine Firma, die von ihren Ueberwachsen mit der Miene des Götters alljährlich jedem braven Gelben 25 Mark als Almosen fürs Stillhalten hinwirft, die sollte außer Stande sein, ihren Anteil an den Kassenbeiträgen zu leisten?! In der Generalversammlung am 27. April stimmten denn auch die Gelben mit den andern Arbeitern gegen die Vorschläge der Firma. Das war der Firma zu bunt. Sie suchte nun die Arbeiter durch einen Trick für ihre Pläne gefügig zu machen. Herr Hermann Röchling ließ in mehreren Betriebsversammlungen die Arbeiter darüber abstimmen, ob sie damit einverstanden seien, daß die Kasse in eine Hilfskasse umgewandelt würde. Da die Mitglieder in den beiden ersten Betriebsversammlungen mit großer Majorität gegen den Vorschlag der Firma stimmten, veranlaßte Herr Röchling für alle Betriebe neue Versammlungen. Er übernahm die Arbeiter mit einem Entweder — Oder und ließ sie über folgendes abstimmen:

„Soll die Kasse in eine Hilfskasse ohne Rechtsanspruch umgewandelt werden, oder soll sie bestehen bleiben und dann die Arbeiter zwei Drittel und die Firma ein Drittel der erhöhten Beiträge zahlen.“

Also mit ein und demselben Stimmzettel, auf den nur „ja“ oder „nein“ geschrieben werden durfte, mußten die Arbeiter über drei Fragen abstimmen und zwar, erstens, soll die Kasse in eine Hilfskasse ohne Rechtsanspruch umgewandelt werden? zweitens, soll sie bestehen bleiben? und drittens, sollen die Kassenbeiträge in Zukunft zu zwei Dritteln von den Arbeitern und nur zu einem Drittel von der Firma gezahlt werden? Da eine Anzahl Arbeiter bis zu 500 Mark Beiträge in diese Kasse gezahlt haben, ist es erklärlich, daß die überwiegend große Mehrzahl der Arbeiter mit „ja“ stimmten, also für den Fortbestand der Kasse, wobei sie infolge der Verquickung zweier verschiedener Fragen auch für die Mittelung der Beiträge im Sinne der Firma stimmen mußten. Wäre aber diese beiden Punkte getrennt abgestimmt worden, dann hätten die Mitglieder wieder in der übergroßen Mehrzahl in der Beitragsfrage mit „nein“ gestimmt. Bemerk sei noch, daß die einzelnen Betriebsversammlungen erst eine Stunde vorher bekannt gemacht wurden, so daß eine vorherige Besprechung über die Tragweite der Abstimmung den Arbeitern unmöglich gemacht wurde. Auch im Versammlungsort selbst war den Arbeitern jede gegenseitige Verständigung unmöglich gemacht, da an einem jeden Tische ein Verwaltungsbeamter blaziert war. Freiheit,

Am Tage nach der letzten Betriebsversammlung, am Sonntag den 4. Mai, tagte eine neue Generalversammlung, in der in derselben Form wie in den Betriebsversammlungen „abgestimmt“ wurde. Da ist es erklärlich, daß auch hier die Arbeiter gezwungen waren, im Sinne der Firma zu entscheiden und die zwei Drittel der Beiträge für den Fortbestand ihrer Ansprüche an die Kasse hinnehmen mußten.

Gegen die auf diesem Wege zustande gekommene Statutenänderung der Röchlingschen Pensionskasse haben die Mitglieder unseres Verbandes durch Eingabe unserer Bezirksleitung an die Rgl. Regierung aufs nachdrücklichste Proteste eingelegt. Nach einer Schilderung der Art und Weise, wie diese famose Statutenänderung betrieben wurde, heißt es in der Eingabe über die Wirkungen der Neuerung für die Arbeiter:

„Findet nun dieser Beschluß die Genehmigung der königlichen Regierung, dann müssen in Zukunft die Arbeiter 4,14 Mark Beitrag monatlich zahlen (früher 1,55 M.) und die Firma nur 2,07 M. Hierdurch würden die Arbeiter schwer geschädigt werden, da ihnen kein Weggang von der Firma kein Pfennig Kassenbeitrag zurückfließen wird und die weitere freiwillige Mitgliedschaft nur nach einer 10-jährigen Dienstzeit durch Zahlung des vollen Beitrages von 6,20 M. monatlich (früher 3,10 M. monatlich) aufrechterhalten werden kann. Es dürfte aber nur wenigen Arbeitern möglich sein, diese Beiträge aufzubringen, so daß der größte Teil der Arbeiter beim Scheiden aus dem Betriebe nicht mehr Mitglied bleiben kann. Dadurch gehen diesen Arbeitern große Summen verloren. Bei den auf den übrigen Hüttenwerken an der Saar bestehenden Pensionskassen (Knappschafftskassen) können die erworbenen Rechte durch Zahlung eines Feierlichentgeltes von 50 M. monatlich aufrecht erhalten werden.“

Sollte die königliche Regierung trotzdem glauben, das neue Statut genehmigen zu müssen, dann bitten wir, die Genehmigung von folgenden Bedingungen abhängig zu machen:

Entweder muß beim Ausscheiden aus dem Betriebe der geleistete Beitrag retour gezahlt werden, oder die Ausgeschiedenen zahlen, wie bei den Knappschafftskassen ein Feierlichentgelt von 50 M. zur Aufrechterhaltung der bis dahin erworbenen Rechte.“

Die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes setzen sich mit Eifer und Recht gegen diese Knebelung der freien Willensentscheidung der Arbeiterkraft zur Wehr. Wo aber bleiben die Gelben? Warum treten sie nicht auf den Plan und setzen sich mit der übrigen Arbeiterkraft gemeinsam zur Wehr gegen diesen rücksichtslosen Zwang? Sie dürfen nicht; sie müssen den „Wirtschaftsfrieden“ unter allen Umständen halten und haben sich demütig und ergeben dem hochwohlweisen Ratsschlusse ihrer Werksmagnaten zu fügen. Sie müssen sich widerspruchslos scheren und rupfen lassen und dürfen dafür — wie Figura lehrt, zugunsten der Arbeitgeber — die Gewerkschaftsbeiträge „sparen“. Das Wortchen „Friede“ kann also kaum noch unerschämter mißbraucht werden, als es der gelbe „Werkverein“ tut. Das gelbe Organ schmückt sich mit fremden Federn, wenn es an seinen Kopf das Sprüchlein schreibt: „Friede ernährt, Unfriede verzehrt“. Der „gelbe Wirtschaftsfriede“ ist ein fauler Frieden, ein Frieden, der die Arbeiter nicht ernährt, sondern einer, unter dem sie darben und hungern und sich ihrer Menschenrechte für ein Almosen entäußern müssen. Und dabei erdreißet sich das gelbe Organ, die Welt anzuschwindeln, die gelbe „Spararbeit“ führe „zu Eigentum und Unabhängigkeit“! Denkende Metallarbeiter freilich fallen auf den faulen Zauber der gelben Drahtzieher nicht herein; sie schließen sich zur Wahrung und Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen dem christlichen Metallarbeiterverbande an.

Aus dem lothringischen Industrieviertel.

Zu einem wichtigen Ausbreitungsgebiet für unseren christlichen Metallarbeiterverband entwickelt sich mehr und mehr das Reichsland Lothringen. Durch die Erfindung des Thomasprozesses wurde die phosphorreiche lothringische Minette für die deutsche Eisenindustrie von ungeheurer Bedeutung und so ist denn die Hütten- und Metallindustrie in diesem Gebiete in einem rapiden Aufschwung begriffen. Zur Zeit geht wieder am Ausgang des Ornetales, bei Hagendingen, ein riesiges modernes Hüttenwerk der Firma Thyssen der Vollendung entgegen. So wird Lothringen immer mehr zu einem Hauptgebiete der deutschen Montanindustrie. Tausende von Arbeitern aus dem Rieschen, dem Saarrevier, aus Rheinland-Westfalen wandern zu und treten auf den neuen Hüttenwerken in Arbeit.

Da eröffnet sich unserer Organisationsarbeit ein wichtiges und dringendes Arbeitsfeld. Die Anfänge sind ja schon vor Jahren gemacht; eine kleine Schar wackerer Kollegen hat seither tapfer durchgehalten. Und nicht nur das. Auf der letzten Zahlstellenkonferenz am 16. Juni in Hagendingen konnte die erfreuliche Tatsache festgestellt werden, daß der christliche Metallarbeiterverband in Lothringen im Vormarsch begriffen ist. Die Mitgliederzahl hat sich seit Beginn dieses Jahres beinahe verdreifacht. Auch wurden in den einzelnen Orten eine Anzahl tüchtiger einheimischer Metallarbeiter gewonnen; die zu entschlossener tatkräftiger Mitarbeit an der weiteren Ausbreitung unseres Verbandes gewillt sind. Nach einer Besprechung der eigenartig gelagerten Verhältnisse des Gebietes wurde hier ein fester Arbeitsplan für die kommenden Monate beschossen. Darunter auch die Errichtung eines Unterrichtskurses für die fortgeschritteneren Kollegen aus den einzelnen Orten, Durchführung einer Hausagitation und zur Einleitung einer umfassenden Herbst- und Winteragitation eine größere Versammlungsaktion. Unter den Teilnehmern der Konferenz herrschte eine gute zuverlässige Stimmung und man trennte sich mit dem festen Willen, nun mit verdoppelten Kräften an die Arbeit zu gehen, um recht bald wieder von weiteren Fortschritten des christlichen Metallarbeiterverbandes in Lothringen berichten zu können.

Alles in allem: Der christliche Gewerkschaftsgedanke hat in Lothringen festen Fuß gefaßt. Seit Jahren schon gehört eine stattliche Anzahl der lothringischen Minettegräber dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter an. Die Bemühungen der in den letzten Jahren entstandenen konfessionellen Arbeiter- und Jugendvereine um die Sammlung und Schöpfung der Arbeitermassen waren nicht vergebens: wenn auch noch ungeheuer viel zu tun übrig

bleibt. Ein Hand in Hand arbeiten unserer Kollegen mit diesen Vereinen dürfte wohl nirgendwo mehr auf Schwierigkeiten stoßen. So hat beispielsweise der Mezer Döbzesanverband der katholischen Arbeitervereine dem zudringlichen Liebeswerben der „Besitzer“ dadurch eine deutliche Absage erteilt, daß er seiner Zeit ausdrücklich die Bestimmung in sein Statut aufnahm, daß die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder gegenüber den Arbeitgebern nicht Sache der katholischen Arbeitervereine sei. Unserer Bewegung werden also von dieser Seite keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Beachtenswert ist für uns besonders noch, daß die Sozialdemokratie sich die Agitation in Lothringen schon seit Jahren erhebliche Summen kosten läßt. Eine Anzahl besoldeter roter Agitatoren bemüht sich in jeder Weise, die lothringische Arbeiterkraft für den Klassenkampf zu „erziehen“ in der Hoffnung, daß der lothringische Industriebezirk in nicht allzu ferner Zeit eine rentable Hochburg des Sozialismus werde. Der denkende Teil der lothringischen Arbeiterkraft hat natürlich kein Interesse an einer solchen Entwicklung der Dinge. Ernsthafte Vertretung der Interessen der Arbeiterkraft und Sozialdemokratie sind in bekannlich Gegensätze, die einander ausschließen. Neben unseren konfessionellen Arbeitervereinen brauchen wir lothringischen Metallarbeiter aber notwendig eine entschlossene wirtschaftliche Interessenvertretung, daher arbeiten wir jetzt mit Eifer und Ausdauer an der Ausbreitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes.

Die Frau im Wirtschaftsleben.

Die volkswirtschaftliche Entwicklung und die Sorge um das tägliche Brot haben allmählich einen außerordentlich großen Kreis von Mädchen und Frauen zur Berufsarbeit veranlaßt. In früheren Zeiten, beim Vorherrschen der Naturalwirtschaft und des landwirtschaftlichen Betriebes, hatten Frauen und Töchter in Haus und Hof ein ergiebiges Arbeitsfeld. Sie halfen mit bei der Gewinnung der Rohprodukte zum Lebensunterhalt. Das Kochen und Backen, Brauen und Schlachten, Spinnen und Weben, all das lag im Tätigkeitsgebiet der Frau. Sie hatte zu Hause Arbeit in Hülle und Fülle und konnte dort sich nützlich machen und Verdienst erwerben. Der vielgebrauchte Satz: „Die Frau gehört ins Haus“ hatte damals seine Berechtigung; in bedingter Weise auch heute noch. Bei einer sehr großen Zahl von Frauen ist jedoch die Beschäftigung „zu Hause“ oder am „heimischen Herd“ ein Ding der Unmöglichkeit, weil kein Haus und Hof, kein Herd für sie errichtet ist.

Das ist die Frauenfrage. „Die heutige Frauenfrage ist kein künstlich erfundener Sport zum Vergnügen unzufriedener Frauen“, sagt Dr. F. Burg mit Recht in seiner „Sozialen Revue“. Und von dem Straßburger Universitätsprofessor Dr. Faulhaber stammen folgende Sätze:

„Die Frau gehört ins Haus. Wenn dieser Satz die Frau als den allein seligmachenden Frauenberuf erklären soll, dann mag er die Frauenfrage der Romanwelt lösen, die Frauenfrage der realen Welt wird ihm ein ungelöstes Rätsel bleiben. Die Statistik, die neueste Wissenschaft mit ihrer brutalen Zahlenprache, rechnet uns vor, daß es in Deutschland fast eine Million mehr Frauen als Männer gibt, daß also 950 000 mit mathematischer Sicherheit nicht am Tische ihres Mannes ihr Brot essen werden. Dieser weibliche Ueberfluß mußte nach chinesischen Rezepten reduziert werden, wenn das eheliche Leben an sich unweiblich und unnatürlich wäre.“

Wir haben in der Tat in Deutschland, wie auch in den meisten anderen Ländern einen bedeutenden Ueberfluß an Frauen. Die Berufszählung vom 12. Juni 1907 ergab im Reich eine ortsanwesende Bevölkerung von 61 720 529 Personen. Rund 800 000 über die Hälfte, insgesamt 31 259 429 Personen waren weiblichen Geschlechts. Selbst, wenn also alle Männer heirateten würden und könnten, so blieben immer noch mehr als 1/4 Millionen Frauen übrig. Dazu kommt, daß nicht alle Mädchen bis zum heiratfähigen Alter von den Eltern ernährt werden können. Die Mädchen müssen ihr Brot selbst erwerben. Weiter kommen hinzu jene Frauen, deren Gatten oder Ernährer ihnen vom Tode entrißen wurde, also die Witwen, sowie die eheverlassenen Frauen. Eine weitere Kategorie auf Berufsarbeit und Erwerb angewiesener Frauen sind jene Ehefrauen, die gezwungen sind, zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen, weil das Einkommen des Mannes nicht zum Unterhalt aller Familienangehörigen ausreicht. Es ist also Zwang, der zahlreiche Frauen und Mädchen zur Berufsarbeit, zur Schule und Werkstatt, zur Heim- oder Fabrikarbeit treibt. Die bei unserer Wirtschaftstätigkeit in weitgehendem Maße durchgeführte Arbeitsteilung, die Verwendbarkeit und Brauchbarkeit der Frauen, ermöglicht und erhöht ihre Beteiligung an den sogenannten idealen und Lehrberufen ebenso wie ihre Betätigung bei der wirtschaftlichen Produktion.

So finden wir denn eine stetig steigende Beteiligung der Frauen am produktiven Wirtschaftsleben. Durch die letzte Berufszählung vom 12. Juni 1907 wurde festgestellt, daß von den nach dem Hauptberuf der Erwerbstätigen ermittelten 30 232 345 Personen 10 035 705 weiblichen Geschlechts waren. Etwas über die Hälfte davon, 5 039 876, waren ledige Frauen. Verwitwete und geschiedene Frauen waren vorhanden 2 045 500; verheiratete erwerbstätige Frauen gab es 2 950 329. Von den insgesamt im Deutschen Reich ermittelten 2 512 219 verwitweten und geschiedenen Frauen sind nur 464 719, nicht ganz ein Fünftel, als nicht hauptsächlich tätig registriert worden. Eine große Anzahl von Witwen ist als nicht mehr erwerbsfähig anzusehen. Von der Gesamtzahl der vorhandenen Witwen waren nämlich 606 595 70 Jahre alt und darüber, 720 611 60 bis unter 70 Jahre. Auch unter den jüngeren Witwen gibt es erwerbsunfähige. Die erwerbsunfähigen Witwen müssen, sofern sie nicht von ihrem etwa vorhandenen Vermögen oder Renten leben können von ihren Angehörigen, von Gemeinden oder Kommunaloberbänden ihren Lebensunterhalt ganz oder zum Teil erbitten. Die weitgrößte Zahl der Witwen, das zeigt die Statistik, sucht durch Leistung von Berufsarbeit ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Das ist selbstverständlich, und niemand wird sich mit Grund über deren „Konkurrenz“ beklagen können, auch nicht, wenn die „ledigen Frauen“, statt sich auf die faule Haut zu legen, ernster Beschäftigung nachgehen; die meisten davon sind gewöhnt dazu.

Die Zahl der Eheschließungen geht zurück, die Zahl der Ehescheidungen steigt. Diese Tatsache führt uns der Statistik erschienenen Band Nr. 234 der Statistik des Deutschen Reichs neuerdings vor Augen.

In dem Bande wird die Bevölkerungsbewegung im Jahre 1909 behandelt. In diesem Jahre wurden im Deutschen Reich 494 127 Ehen geschlossen, um 6493 weniger als im Jahre 1908. Auf 1000 Einwohner kamen 7,74 Heiraten. Seit dem Jahre 1883 ist diese niedere Ziffer nicht mehr vorgekommen. 1870 und 1873 kamen auf 1000 Einwohner mehr als 10 Heiraten; dann sank die Ziffer stetig, bis sie 1883 auf 7,67 gefallen war. Von dort an finden sich steigende Heiratsziffern. 1900 kamen auf 1000 Einwohner 8,50 Heiraten. Auch in den folgenden Jahren, bis 1907, war die Heiratsziffer über 8 pro 1000 Einwohner. Eine Zusammenstellung von 1900 bis 1909 ergibt übrigens, daß Deutschland unter den größten europäischen Staaten immer noch eine höhere Zahl von Eheschließungen hat. In den bezeichneten Jahren ist die Durchschnittsziffer in Deutschland 8,1; in Oesterreich, Frankreich und England nur 7,8. Italien und die Niederlande haben Ziffern von 7,6 bzw. 7,5. Mit den niedrigsten Heiratsziffern erscheinen Schweden und Norwegen, nämlich mit 6 pro 1000. Nur einige östliche Staaten, Serbien, Bulgarien, Rumänien, haben höhere Heiratsziffern (10, 9,6 und 8,7) als Deutschland. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß bei uns die Heiratsziffern in den letzten Jahren ständig gesunken sind.

Die Zahl der Ehescheidungen ist stetig gestiegen. Im Jahre 1904 wurden 10 868 Ehen geschieden, fünf Jahre später, also 1909, betrug die Zahl der Ehescheidungen 14 730. Im Jahre 1900 bis 1904 kamen auf 100 000 Einwohner durchschnittlich jährlich 15,8 Ehescheidungen; 1905 schon 18,6; 1907 20,1; 1908 21,2 und im Jahre 1909 kamen auf die genannte Einwohnerzahl 23,1 Ehescheidungen.

Die Ursachen des Zurückgangs der Heiraten wie der Zunahme der Ehescheidungen sollen hier nicht näher untersucht werden. Die Statistik aber zeigt, daß die Zahl der in der Ehe versorgten Frauen sich verringert. Manches Mädchen und manche Frau wird dadurch in die Berufsarbeit gedrängt, um ihren Unterhalt zu verdienen.

Leidet ist das Unterkommen in einem Betriebe auch nicht immer, zumal da, wo die Konkurrenz der Männer in Frage kommt. Man kann von diesen auch nicht verlangen, daß sie aus lauter Idealismus ihre Stellen aufgeben und sie Frauen einräumen. Eine Kampfstellung der Männer gegen die Frauen ist aber ebensowenig angezeigt. Beide gehören zusammen und sich nicht gegenüber. Jeder betet um sein tägliches Brot. Selbst in den Kreisen des männlichen kaufmännischen Personals, das mit großen Unbehagen das starke Eindringen weiblicher Arbeitskräfte in den Kaufmannsberuf entgegengenommen hat, scheint ein Umschwung in diesem Sinne eingetreten zu sein. (Schluß folgt.)

Der Arbeitsmarkt im Mai.

Bereits bei unserem letzten Rückblick mußten wir konstatieren, daß die Berichte aus der Industrie und die tatsächliche Entwicklung des Arbeitsmarktes in einem Widerspruch standen. Das galt für den Arbeitsmarkt in unserer Industrie, wie für den der gesamten Volkswirtschaft. Eine Lösung dieses Widerspruchs finden wir vielleicht, wenn wir die leisen Untertöne beachten, die aus den Berichten mancher und auch der Metallindustrie mitschwingen. Wenn wir schließlich auch noch keinen Grund haben, vor einem Rückgang der Konjunktur zu sprechen, so ist doch — und das gerade bei den beiden größten Industrien Deutschlands, der Metall- und der Textilindustrie — nach der Haufe eine gewisse Ruhe eingetreten. Die Lage des Arbeitsmarktes im Mai weist gegen den April keine wesentliche Veränderung auf, dem Angebot von Arbeitskräften nach zu schließen, hat er sich eher etwas verschlechtert als gebessert. Zu den schon angeführten Gründen hierfür kommt die Verfestigung des Geldmarktes, die vor allem auf die Bautätigkeit recht hemmend einwirkt. Auch in manchen anderen Gewerben macht sich ein nicht unbeträchtlicher Rückgang bemerkbar.

Bei 728 (727) Arbeitsnachweiser, die im Mai (April) an das Reichsarbeitsblatt berichteten, sind von männlicher Arbeitsuchenden insgesamt 398 000 (392 000) Gesuche eingelaufen, denen 259 000 (261 000) offene Stellen und 221 000 (219 000) Vermittlungen gegenüberstanden. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat also um 6000 zugenommen, die der offenen Stellen um 2000 abgenommen. Die Vermehrung der Vermittlungen um 2000 wiegt das stärkere Arbeitsangebot nicht auf. Ganz deutlich zeigt sich der Rückgang aus folgendem: Auf 100 offene Stellen kamen im Mai 153 Arbeitsgesuche gegen 150 im April; noch erheblicher ist die Verschlechterung gegen den Mai des Vorjahres, wo auf 100 offene Stellen nur 144 Arbeitsangebote kamen.

Der Markt für weibliche Arbeitskräfte weist eine ganz parallele Entwicklung auf. Im Mai (April) sind 83 000 (86 000) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 88 000 (93 000) offene und 53 000 (55 000) vermittelte Stellen gegenüberstanden. Das Angebot von Arbeitskräften weist hier zwar eine Verminderung von 3000 auf, wenn wir aber die offenen Stellen als Angebot betrachten, so ist dieses in viel stärkerem Maße zurückgegangen. Auf 100 offene Stellen kamen im Mai 97 Arbeitsuchende gegen 92 im April und nur 82 im Mai vorigen Jahres. Siehen wir aus dem bisher Gesagten das Resultat, so ergibt sich eine rückläufige Bewegung nicht nur gegen den April, sondern, was viel bedenklicher ist, auch gegen den Mai des Vorjahres.

Der Arbeitsmarkt in der Metallbearbeitung und Industrie der Maschinen usw. weist für männliche und weibliche Arbeitskräfte eine geteilte Entwicklung auf. Auf 100 offene Stellen kamen 194 Gesuche männlicher Arbeiter gegen 185 im April und 178 im Mai 1911; die Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist also gegen den Vormonat und den gleichen Monat des Vorjahres eingetreten. Dem gegenüber kamen auf 100 offene Stellen 170 Arbeitsgesuche weiblicher Arbeitskräfte gegen 183 im April und 111 im Mai vorigen Jahres. Der günstige Stand dieses Jahres ist noch lange nicht erreicht, immerhin ist die kleine Besserung gegen den Vormonat mit Genugtuung zu konstatieren.

Bei der schon erwähnten Anzahl von Arbeitsnachweiser sind aus der Gruppe der Metallbearbeitung und der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate im Mai (April) insgesamt 91 217 (87 759) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 46 951 (47 482) offene Stellen und 42 151 (42 893) Vermittlungen gegenüberstanden. Dem vermehrten Angebot von Arbeitskräften steht also ein, wenn auch absolut nur unbedeutender, Rückgang der Nachfrage gegenüber.

Die geschilderte Entwicklung des Arbeitsmarktes steht im Gegensatz zu der in früheren Jahren — ob sie ein Zeichen heranannahender Konjunktur ist? Jedenfalls ist sie den Arbeiter eine Warnung vor allen großen Vertrauensseligkeiten.

Aus der Arbeiterbewegung.

Arbeiterjugend und christliche Gewerkschaften.

Zu diesem wichtigen Kapitel bringt der soeben im „Zentralblatt“ zur Veröffentlichung gelangende Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1911 folgende beachtenswerten Ausführungen: Auf einer Konferenz, welche die Gesellschaft für soziale Reform im Mai des Berichtsjahres abhielt, wurde mit einer Fülle von Material belegt, daß das Jugendproblem nicht nur eine Erziehungsfrage rein geistiger und sittlicher Art ist, sondern daß sie, soweit namentlich die Arbeiter in Frage kommen, in sehr hohem Maße ein Stück Arbeiterschutz und Gewerbehgiene ist. Dementsprechend hat ja auch die amtliche Jugendpflege, wie sie neuerdings Preußen mit nicht unbedeutlichen staatlichen Mitteln in Angriff genommen, sowohl den Ausbau der Fortbildungsschulen, wie auch die sogen. körperliche Erziehung auf ihr Programm geschrieben.

Am sich kann dieses Vorgehen nur begrüßt werden. Weil wir aber noch im Anfang der Entwicklung dieser Dinge stehen, ist es gut, daran zu erinnern, daß die staatliche Regelung nicht dazu da sein kann, die private Initiative, die mit viel mehr Liebe und Anpassung an die besonderen Verhältnisse Jugendpflege zu betreiben geeignet ist, brutal an die Seite zu schieben. Dazu kommt es aber gewiß, wenn die Sache in den bisher eingeschlagenen Bahnen ihren Fortgang nimmt. Die konfessionellen Jugendvereine müssen es schon heute erleben, wie der Staat ihnen ein Tätigkeitsgebiet nach dem anderen nimmt oder sie wenigstens wie bezüglich des Jungdeutschlandbundes, zu Kompromissen zwingt, wenn sie nicht eine unbequeme mächtige Konkurrenz auf die Nase gesetzt haben wollen. Daneben wird eine Regelung des Fortbildungsschulwesens angestrebt, die nach und nach die Jugendlichen gewissermaßen in einen staatlich überwachten Pfersd zwingt. Für die freie Zeit endlich folgt in der Absicht der eifrigsten Vertreter des Systems die eine patriotische Veranstaltung der andern, sodas der junge Mensch in seinen Jugendjahren nicht zum Nachdenken über sich selbst und seine Bestimmung kommen würde.

Was wird die Folge sein? Ein riesiger Massenlager, der die jungen Leute nach ihrem Erwachen gerade in das Lager treibt, vor dem man sie behüten wollte. Gewiß hält man sie vielleicht in der Zeit der Fortbildungsschule an sich gefesselt; aber die Arbeitsstätte und das Wirken auf derselben in der steten Gesellschaft erwachsener Arbeiter tut doch das ihrige, daß die jungen Arbeiter wenigstens später an den ihnen nun einmal vorbestimmten seelischen und Interessenkonflikten nicht vorbeikommen, vor denen eine überlaute Jugendpflege sie anscheinend bewahren will. Wir sind gewiß keine Schwarzscherer aus Prinzip. Wir möchten nur warnen, ehe es zu spät ist.

Was soll die Jugendpflege? Soweit die arbeitende Jugend in Betracht kommt: Schutz gewähren gegen körperliche und seelische Degeneration; zu staatsbürgerlicher Gesinnung erziehen. Man braucht sich über diesen Zweck nur klar zu sein, um sich zu überzeugen, daß das keine Paragrafen- oder Einrichtungsarbeit ist, sondern eine Tätigkeit, deren gutes Gelingen Verständnis für die Arbeiterseele und Sachkenntnis voraussetzt. Wer aber verfügt darüber dem Arbeiter gegenüber mehr wie die Gewerkschaft, deren Vertreter den jungen Arbeiter gerade dort durch Wort und namentlich durch persönliches Beispiel zu beeinflussen imstande sind, wo sich der entscheidende Teil seines jungen Lebens abspielt: auf der Werkstätte! An der Gewerkschaft, auch an der national gerichteten, geht indes die Jugendpflege durchweg in weitem Bogen vorbei. Wir können es gewiß verschmerzen, daß man in so geringem Maße die christlichen Gewerkschaften zu den Jugendpflegeeinrichtungen zugezogen hat. Wir müssen aber, im Interesse der Jugend und ihrer Zukunft selbst, fordern, daß der Gewerkschaft der Zugang zur Jugend nicht durch eine Jugendpflege sozusagen abgeschnitten wird, über deren Resultat man mindestens sehr geteilter Meinung sein kann.

Katholische Gesellenvereine und christliche Gewerkschaften

In Wien fand anlässlich des 60jährigen Bestehens des dortigen katholischen Gesellenvereins ein sozialer Kursus statt. Bei dieser Gelegenheit hielt der Salzburger Diözesanpräses Professor Franz Schmitz einen Vortrag über die Stellung der Gesellenvereine zu anderen Korporationen. Hierbei erwähnte er auch die christlichen Gewerkschaften. Nach der „Katholischen Volkszeitung“ (Nr. 576) führte er aus:

„Die Gesellenvereine haben die Aufgabe, den Arbeiter religiös und wirtschaftlich zu fördern, die Gewerkschaften suchen auf rein wirtschaftlicher Basis den Arbeiter gegenüber seinem Arbeitgeber zu sichern. Vielfach arbeiten beide Organisationen zusammen, vielfach trennen sich ihre Wege. Früher mußte ein Geselle damit rechnen, einmal selbständig zu werden, heute aber muß er eher erwarten, sein ganzes Leben hindurch im Abhängigkeitsverhältnis stehen zu bleiben. Darum muß er in die Lage versetzt werden, auch im Abhängigkeitsverhältnis zu seinem und seiner Familie Wohl seine Arbeitskraft am besten an den Mann zu bringen. Das schafft die Vorbedingungen für die Gewerkschaft. Den ursprünglichen „freien“ Gewerkschaften, die sich aber sozialdemokratisch-parteilos gebildet haben, sind in neuerer Zeit die christlichen an die Seite getreten und gegenüber getreten. Die Wirklichkeit zeigt uns, daß den katholischen Gesellen der Aufenthalt in den „freien“ Gewerkschaften unmöglich ist. Ueber die Stellung der Gesellenvereine und Gewerkschaften zueinander ist nun zunächst zu beachten, daß die beiden getrennte Gebiete sind und getrennte Arbeitsgebiete haben. Daraus aber folgt nicht, daß sie nicht aneinander interessiert seien. An manchen Orten ist die Gewerkschaft oft die Vorbedingung für die Existenz der Gesellenvereine geworden, und die Zukunft dürfte dies nur noch mehr bestätigen. Jede Organisation hat auf ihrem Gebiete zu arbeiten, aber folgen wir dafür, daß unsere Gesellen in die Gewerkschaften eintreten. Dort haben wir die Aufgabe, durch

unser Mitglieder kräftig zum Ausdruck zu bringen, was unter christlich zu verstehen ist. Wir haben die Gesellen so zu schulen, daß sie dort tätige Mitglieder sind. Umgekehrt haben auch die Gewerkschaften lebhaftes Interesse an unseren Gesellen und sind bestrebt, sie zu gewinnen. Der Präses soll sich in die wirtschaftlichen Kämpfe unserer Zeit nicht einmengen, weil er Seelsorger ist, er soll nicht Agitator für die Gewerkschaften sein, aber Verständnis soll er für sie besitzen und darum die Mitglieder zum Nutzen der Gewerkschaften und des Handwerkes — denn das Märchen vom Schaden der Gewerkschaften für das Handwerk ist heute wohl schon als solches erkannt. — Man soll ein Mitglied, das in die Gewerkschaften einzutreten nicht gewillt ist, nicht zum Eintritt zwingen, soll aber einen Gewerkschaftssekretär an ausdauernder Agitation nicht hindern. Wir brauchen heute ein Mittel, um den Terror der Sozialdemokraten zu brechen, und ergreifen darum gern die Bruderhand, die uns die christlichen Gewerkschaften reichen.“

Diese Worte eines mitten im praktischen Leben stehenden Geistlichen fanden ihre Erhärtung in den Ausführungen des Herrn Generalpräses der katholischen Gesellenvereine, Monsignore Schweiger aus Köln, der erklärte, daß im gesamten Verbandsgebiete der katholischen Gesellenvereine 24,7 Prozent der Gesellen auf christlicher Gewerkschaftsgrundlage organisiert seien, daß aber diese Zahl in den Großstädten auf 95 bis 98 Prozent hinaufgehe. Auf Grund der Erfahrungen, die man in den deutschen Gesellenvereinen mit den christlichen Gewerkschaften gemacht habe, könne konstatiert werden, daß durch die Beteiligung der Vereinsmitglieder am gewerkschaftlichen Leben religiöse Gefahren in keiner Weise heraufbeschworen worden seien; die Teilnahme der Gewerkschaftler an den Generalkommunionen sowie am gesamten Vereinsleben sei durchaus zuzubestellen. Vielfach seien die christlichen Gewerkschaftler sogar die besten Vereinsmitglieder.

Der Gutenbergbund

Die dem Gesamtverband der christl. Gewerkschaften angegliederte Vereinigung Deutscher Buchdrucker zählte Ende 1911 3102 Mitglieder, das sind 128 Mitglieder mehr als im Vorjahre. Wenn man berücksichtigt, daß 97% aller Buchdrucker bereits organisiert sind und wenn man weiß, welchen Terrorismus der sozialdemokratische Buchdruckerverband betreibt, so ist diese Entwicklung erklärlich. Dazu kommt, daß die tariflichen Institutionen dem Gutenbergbund fortgesetzt Schwereigkeiten machen und den sozialdemokratischen Verband begünstigen.

Die Kassenverhältnisse des Gutenbergbundes sind gute zu nennen. Die Einnahmen betragen insgesamt 137 97,33 Mark, das ist gegen das Vorjahr mehr 10 846,05 M. Die Ausgaben betragen 97 929,93 M., gegenüber dem Vorjahre weniger 1963,24 M. Insbesondere fällt bei den Ausgaben die erfreuliche Verringerung der Arbeitslosenunterstützung auf. Diese ermäßigte sich gegen das Vorjahr um 6700,25 M., gegen das Jahr 1909 um 10 957,75 Mark. Der Vermögensbestand erhöhte sich bei der Hauptkasse von 412 482,28 Mark auf 451 095,27 M. Zu diesem Bestande treten noch die in den Ortsvereinen vorhandenen Kassenbestände in Höhe von 115 592,57 M., sodas das Gesamtvermögen des Gutenbergbundes 566 687,84 Mark beträgt. Es wurden ausgezahlt: Krankengeld 24 088,— M., Sterbegeld 1340,— M., Arbeitslosen- und Reiseunterstützung 13 680,26 M., Invalidenunterstützung 10 810,— M., Zuschuß zu Umzugskosten 1968 Mark, Ergänzungsleistungen (in Notfällen) 928,— M., Der Gutenbergbund unterstützte ferner Mitglieder in der sachlichen Weiterbildung mit rund 1000 M. Der soeben erschienene Jahresbericht schildert eingehend die Kämpfe um die Gleichberechtigung beim Abschluß der letzten Tarifrevision im Buchdruckgewerbe.

„Heuchelei“, „Scheinhelligkeit“ und „Regulator“.

Wie reimt sich das zusammen? Sehr einfach. Der „Regulator“ ist das Organ des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Dieses Blatt erlaubt sich in seiner Nr. 27 den christlichen Gewerkschaften Heuchelei und Scheinhelligkeit vorzuwerfen. Warum? — Weil die christlichen Gewerkschaften den bekannten „Junfer- u. Pfaffen“-Artikel im offiziellen Organ des Mitteldeutschen Ausbreitungsverbandes der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, „Mitteldeutscher Kurier“, als einen groben Verstoß gegen die gewerkschaftliche Neutralität empfanden — und diesem ihrem Empfinden auch öffentlich Ausdruck gaben. Das ist also in den Augen des „Regulator“ — Heuchelei und Scheinhelligkeit! Das Drolligste an der Geschichte aber ist, daß das Blatt sich schließlich notgedrungen selbst diesen „Heuchlern und Scheinhelligern“ angeschlossen. Nachdem es nämlich seinen Lesern berichtet, daß die christlichen Gewerkschaften die deutschen Gewerbevereine bekämpfen, „unter der Maske des angeblichen Schutzes der Religion“, versucht es den „Mitteldeutschen Kurier“ abzuschütteln. Dieser Versuch will nun nicht recht gelingen; ebenso nicht der folgende, für den „Junfer und Pfaffen“-Artikel wenigstens einen Schein von Neutralität zu retten. Und so macht der „Regulator“ denn aus der Not eine Tugend — und verurteilt auch seine seit den ganzen Artikel. Wenn wir hochachtbar wären, könnten wir also konstataieren, daß der „Regulator“ nun selber in dem Spiege steck, mit dem er gegen andere zu Felde zog.

In einem weiteren Artikel befaßt sich das Blatt dann mit den Opfern des roten Putzes an der Ruhr. „85 Jahre Gefängnis und Buchhaus“ seien bis jetzt schon wegen Streikvergehen von den Gerichten verhängt worden. Diese Folgen der skandalösen roten Hebe im Ruhrrevier sind in der Tat für die betroffenen Arbeiter und deren Familien tief bedauerlich. Auch wir beklagen sie. Wenn der „Regulator“ aber in diesem Zusammenhang schreibt: „Wie muß es den Christlichen zu Mute sein, wenn sie diese Folgen sehen, an denen sie indirekt schuldig sind?“ so weisen wir diesen durch nichts gerechtfertigten Anwurf mit Entschiedenheit zurück. Es heißt doch nachgerade die offenkundige Wahrheit vergewaltigen, die christlichen Arbeiter und ihre Beauftragten für die Schandtaten der roten Hebe und Terroristen verantwortlich zu machen! Und so etwas leistet sich ausgerechnet dasjenige Hirsch-Dundersche Organ, welches jahraus, jahrein von Bergewaltigungen und Unterdrückungen seiner eigenen Anhänger durch sozialdemokratische Rowdies und Terroristen berichten muß! Wenn man sich letztere Tatsache vergegenwärtigt, würde man es eher verstehen, wenn der „Regulator“ dem ihm nahestehenden Hirsch-Dunderschen Bergmannsverein ein Privatstimium über das Kapitel „Mitgegangen — mitgehangen“ lesen würde. Denn, daß der gegen alle gewerkschaftlichen Regeln vom Raune gebrochene Putz im Ruhrrevier keine Maßnahme zur Förderung der Arbeiterinteressen war, darüber kann unter denkenden und erfahrenen Männern doch heute keine Meinungsverschiedenheit mehr bestehen. Auch darüber nicht, daß eine selbständige Arbeiterorganisation sich eines Verbrechens gegen ihre Mitglied-

schaft schuldig macht, wenn sie diese dem roten Hehbedürfnis zuliebe in einen von vornherein aussichtslosen Kampf hineinreibt. Wenn die Hirsch-Dunckersehe Organisation sich dazu herab und nun auch die Folgen mittragen muß, so ist das gewiß bedauerlich — unfortunat ist es jedoch, wenn der „Regulator“ jetzt „die Christlichen“ dafür verantwortlich machen will.

„Aber, „aller guten Dinge sind drei“, denkt der „Regulator“, und so host er denn in derselben Nr. 27 noch ein drittes Mal gegen die Christlichen aus, durch folgende, einfach hanebüchene Notiz:

„Der politischen Neutralität der Christlichen. Aus Sachsen geht uns von befreundeter Seite ein eingehender Bericht zu, aus dem hervorgeht, daß die christlichen Gewerkschaften in Sachsen hauptsächlich, soweit sie überhaupt bestehen, auf die Hilfe und das Geld der Konfessionslosen angewiesen sind. Die Behauptung ist in der Mitteilung mit Tatsachen belegt. Wir registrieren einfach die Tatsache, bekannt ist sie längst.“

Wir brauchen wohl kaum zu bemerken, daß das, was der „Regulator“ hier als „Tatsache“ registriert, einfach Humbug ist. Wahr an der ganzen Geschichte ist nur, daß die christlichen Gewerkschaften auch in Sachsen festen Fuß gefaßt haben und sich durch die Stagnation der Hirsch-Dunckersehe Richtung nicht abhalten lassen, eine eifrige Aufklärungs- und Werbetätigkeit im sogenannten roten Königreich zu entfalten. Wenn der „Regulator“ glauben sollte, daß unsere Beamten dabei auf das Geld der Konfessionen angewiesen seien, so blickt er ihm in aller Freundschaft verraten, daß das nur eine Halluzination seinerseits ist. Die christlichen Gewerkschaften bezahlen ihre Angestellten, ihre Agitation und Verwaltung selbst. Das ist eine so unumstößliche Tatsache, daß sie durch alle verlogenen Verdächtigungsmänner ihrer Gegner nicht erschüttert werden kann.

Nach dem tolen Putz der Mitgliederchwund!

Das ist in kurzen Worten die Situation, im roten Bergarbeiterverband. Während der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter in letzter Zeit in einer ganzen Reihe von Revieren gute Fortschritte gemacht hat, geht die „Entwicklung“ im roten Verbande rapid abwärts. Wir haben vor einigen Wochen schon mitgeteilt, daß der sogenannte „alte Verband“ es gar nicht einmal gewagt hat, in der üblichen Zusammenstellung im Aprilheft des Reichsarbeitsblattes seine Mitgliederzahl vom Schlusse des 1. Quartals 1912 anzugeben. Der „Bergknappe“ weist nun in seiner letzten Nummer darauf hin, daß auch die in den Nrn. 21 und 25 der roten „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlichten Monatsabrechnungen über die vereinnahmten Beiträge ein recht ungünstiges Resultat für die Anführer des Putzes im Ruhrbergbau ergeben.

Das Ruhrrevier ist beim sozialdemokratischen Bergarbeiterverband in 14 Verbandsbezirke eingeteilt, wovon 9 im April einen erheblichen Rückgang an Beiträgen aufzuweisen haben selbst auch dann, wenn man berücksichtigt, daß der Monat März einen Wochenbeitrag mehr aufweist, der April also etwa 20 Prozent hinter dem März zurückbleiben dürfte, ohne daß Mitgliederverlust eintrat. Der Bezirk Hamm mit 25 Zahlstellen hatte im Monat März ohne den Erlös für die Extra-Marken eine Einnahme von 21841 Mark, im April dagegen nur 5866 Mark. Das ist ein Rückgang der Beiträge um rund 73 Prozent. Im Bezirk Castrov, mit 21 Zahlstellen, gingen die Beiträge um 6835 Mark oder 55 Prozent zurück. Im Bezirk Sickinghofen mit 33 Zahlstellen kamen 11 638 Mark oder 57 Prozent an Beiträgen weniger ein, als im März. Im Gelsenkirchener Bezirk, der die Gemeinden Waane, Dordel, Wattencheid mit umfaßt, gingen die Beiträge um 9412 Mark oder 51 Prozent zurück; in den Bezirken Df- und West-Essen um 13 545 Mark oder rund 55 Prozent, im Bezirk Oberhausen um 8396 Mark oder fast 50 Prozent. In den neun Bezirken Hamm, Castrov, Sickinghofen, Linden, Bochum, Gelsenkirchen, Df-Essen, West-Essen, und Oberhausen gingen die ordentlichen Einnahmen um 73 000 Mark zurück.

Einen zum Teil noch schlimmeren „Erfolg“ hat das D.-D. Bergarbeiterverbänden im Ruhrrevier aufzuweisen, welches ja beim letzten Putz „tapfer“ mit den Genossen durch die und dünn watete. Die „großen Töne“ schreien denn auch tatsächlich so ziemlich alles zu sein, womit das Verbändchen vor der Öffentlichkeit noch paradiert zu können glaubt. Hat es sich doch selbst im letzten Jahresbericht der „Deutschen Gewerksvereine D.-D.“, der in Nr. 48 des „Gewerksvereins“ erschien, darauf beschränkt, nur die Mitgliederzahl anzugeben, die in allen Bergbaurevieren zusammen noch keine 4000 beträgt. Die Angaben über Einnahmen und Vermögensbestand fehlen vollständig — und das befragt dem Kundigen alles. — So zeigt denn die ganze Entwicklung im Ruhrrevier daß ein stück größer werdender Teil der Bergleute nicht mehr gewillt ist, sich vor den roten Parteikarren spannen und dann mit radikalen Phrasen abweisen zu lassen. Sie sind durch die Erfahrung gewillt und bezeugen jetzt durch ihre Flucht aus dem „Dreibundlager“, daß die Haltung der christlichen Arbeiter die allein richtige war.

Gelbe Almosen-Bereine.

Die sogenannten „wirtschaftlichen, vaterländischen, nationalen“ oder richtiger gelben Almosen-Bereine sind selten innere Bedürfnisse aus der Welt der Arbeiter, sondern sie verdanken ihr Dasein nur den wirtschaftlichen Interessen. Ihre Zwecksetzung ist rein wirtschaftlicher Natur, der selbständigen Arbeiterbewegung gegenüber zu stehen. So ist es auch leicht erklärlich, daß die Almosen-Bereine in Sachsen, und dies hat darin nicht wenig Anteil, bei den gelben Parteien auf die mildesten Stellen der Hierarchie anzuweisen sind. Nebenher, von der Arbeiterbewegung unabhängig, haben sie sich als „wichtiges Glied“ der „nationalen“ Bewegung herausgebildet. Die Almosen-Bereine sind die „wichtigsten“ der „nationalen“ Bewegung, die die Arbeiterbewegung als „wichtiges Glied“ der „nationalen“ Bewegung herausgebildet. Die Almosen-Bereine sind die „wichtigsten“ der „nationalen“ Bewegung, die die Arbeiterbewegung als „wichtiges Glied“ der „nationalen“ Bewegung herausgebildet.

Krupp wie andere kapitalistische Gönner der Gelben im Ruhrgebiet wenden ganz erhebliche Mittel dafür auf. Das gelbe Organ „Der Werkverein“ (Nr. 24, 1912) gibt in einem Artikel „Wie gründet man Werkvereine“ sogar Anweisung zum Bettel. Schon vor der Gründung müsse man sich vergewissern, ob die Firma bereit sei, dem jungen Verein den Rücken zu stärken. „Denn ohne verständnisvolle Hilfeleistung der Firma“ ginge es nicht.

Da hat das gelbe Organ recht. Ohne die finanziellen Zuwendungen von Unternehmensseite würden die gelben Almosenvereine in sich selbst zusammenbrechen. Aus eigener Kraft können diese Gebilde nicht bestehen. Die Mitglieder werden nur mit angeblichen Wohlfahrtsvereinen und Sonderverbänden bei der Stange gehalten — aber damit schwer getäuscht. Denn was man ihnen als „Wohlfahrt“ gewährt, wird ihnen an anderen Stellen vorenthalten. Die Burbacher Hütte zahlte ihren gelben Werkvereinslern vor einigen Jahren eine Prämie von 150 000 Mark aus, hatte aber in demselben Jahre Lohnabzüge von 325 000 Mark gemacht und 85 Prozent Dividenden verteilt. Und im ähnlichen Sinne konnte die Augsburger Maschinenfabrik, das Stammhaus der Gelben, an ihre Aktionäre berichten, daß die Gründung des Werkvereins sich durchaus bewährt habe. Das heißt für die Aktionäre, während die Arbeiter die Ge-nannten sind.

Rundschau.

Die Gewerkschaftsbeiträge können in Preußen vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden; so entschied das Oberlandesgericht in Düsseldorf. Während das Landgericht dieses für unstatthaft erklärt hatte, kam das Oberlandesgericht zu folgendem Urteil:

„Wenn der Vorderrichter bemängelte, daß Beklagter jährlich 52 M. zur Gewerkschaftskasse zahlte, was zur Bezahlung des Unterhaltes nicht erforderlich sei, so wird dabei der Begriff des Unterhaltes verkannt. Dieser umfaßt den ganzen Lebensbedarf (§ 1610 Abs. 2 B. G. B.) einschließlich der Ausgaben, die zur Erhaltung einer standesgemäßen Lebensstellung erforderlich sind. Mit Recht weist aber der Beklagte darauf hin, daß er als Buchdrucker, um eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeitsstelle zu erhalten, einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müsse, ganz abgesehen von den finanziellen Vorteilen, die er für den Fall der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität dadurch erlangt, die aber seine Leistungsfähigkeit nicht unmittelbar erhöhen. (§ 1610 B. G. B.: Das Maß des zu gewährenden Unterhaltes bestimmt sich nach der Lebensstellung des Bedürftigen, standesgemäßer Unterhalt. — Der Unterhalt umfaßt den gesamten Lebensbedarf, bei einer der Erziehung bedürftigen Person auch die Kosten der Erziehung und der Vorbildung zu einem Berufe.)“

In dem vorliegenden Fall handelt es sich um einen Buchdrucker, und das Urteil nimmt auf die Verhältnisse im Buchdruckergerwerbe Bezug. Das hierüber Gesagte trifft aber auch auf die übrigen Berufe zu. Auch in diesen ist die Leistung von Gewerkschaftsbeiträgen „zur Erhaltung einer standesgemäßen Lebensstellung“ erforderlich. Unsere Kollegen und Kolleginnen mögen also darnach handeln und sich eventuell auf das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf berufen.

Preiserhöhungen hat der Verein deutscher Eisen-gießereien beschlossen. Die Niederrheinisch-westfälische Gruppe der Handlungsgießereien läßt vom 15. Juni 1912 ab eine Preiserhöhung um 2 M. für 100 Kil. und 10 Proz. Stückpreis-aufschlag eintreten, die Süddeutsche-Lyemburgische Gruppe für Bau- und Maschinenbau vom 15. Juni 1912 an einen solchen von 1 M. für 100 Kil. Die linksrheinische Gruppe der Handlungsgießereien erhöht vom 20. Juni 1912 an die Preise um 1 M., die Sächsische-Maschinen-Gruppe vom 1. Juli 1912 an um 1 M. für 100 Kil. Die württembergische Gruppe verlangt vom 1. Juli 1912 an 1 M. mehr für 100 Kil., die bayerische Gruppe vom 1. Juli 1912 an 1 M. mehr für 100 Kil. für alle Gießwaren. Die mitteldeutsche-ländliche Gruppe hat vom 1. Juli 1912 an 0,50 M. für Bauguß, Maschinenbau, Maschinenartikel usw. und für die Schweißerei einen entsprechenden Aufschlag eintreten lassen.

Die vereinigten deutschen Nickelwalzwerke in Schwerte erzielen nach Abzug aller Betriebskosten einen Produktionsgewinn von 2 943 000 Mark. Der Reingewinn von 2 177 065 (2 029 563) M. soll folgende Verwendung finden: Reservefonds 300 000 M., Jubiläum 10 000 M., 18 Prozent Dividende gleich 1 620 000 M., Restante an den Aufsichtsrat 24 888 M. und Vortrag auf neue Rechnung 162 577 M.

Verband deutscher Verbfabrikanten, G. m. b. H. in Dagen, nennt sich eine um die Mitte des Monats Juni gegründete Vereinigung, die es sich zur Aufgabe machen will, geladene Verhältnisse beim Ein- und Verkauf von Haus-haltungsgewerken zu schaffen. Die Händler sollen angehalten werden, unter den Rohpreisen der auf gleicher Grundlage herausgegebenen Preisliste weder anzuhalten, noch zu verkaufen.

Der Vereinigung gehören folgende Werke an: May Albers (Vogelsang), H. B. Henning, (Vengerich i. B.), Bernburger Maschinenfabrik, A.-G. (Alfeld a. d. Leine), Fr. Volkharder jr. (Geseßberg), Gebr. Demmer, A.-G. (Eisenach), Gebr. Dünning, (Bierenfeld), F. B. Essinghorst (Völs), Gesellschaften Berg- und Eisenfabrik, W. Krefz, A.-G., Hildesheimer Spargel-fabrik, A. Senfing, F. Kumpfmacher & Söhne, A.-G. (Gelsenkirchen-Schafte), Rhönig, A.-G. für Berg- und Eisenindustrie (Oberhausen Rhld.), Schmelzer Bergfabrik, G. m. b. H., Eitel-ten & Böhm (Kastatt in Baden), Eitelten & Beiter, Kallatter Bergfabrik (Kastatt in Baden), Hufel Wolff & Zupfendorfer (Kastatt i. Baden), A. Vogl sen. (Dannover und Sarstedt), Gebr. Wondelshagen, G. m. b. H. (Eisenacher Neuhütte), West. Berg- und Eisenfabrik, vorm. C. H. Wilm, G. m. b. H. (Damm in W.), West. Stanz- und Eisenwerke, A.-G., vorm. J. & S. Kerkmann (Damm i. B.) Geschäftsführer dieses Verbandes ist W. Gerstein (Dagen i. B.).

Unter den Vorstellern von Verden soll schon seit langer Zeit eine Vereinigung bestehen, die bei größeren Geschäften, wie Auktionen-Einrichtungen für Hotels, Krankenhäuser usw. sich gegenseitig im Preise schützt und in der Regel dem nächstgelegenen Werk den Vorrang läßt.

Die Kruppischen „Gelben“ schämen sich wegen ihrer Zugehörigkeit zum Werkverein. Die wir im Eisen-Vereinsrat sehen, waren die Vereinsmitglieder wiederum für einen „wichtigsten“ Beitrag präpariert worden. In der Reichsversammlung werden die Rechner von 700 Ver-vereinsmitgliedern bei Krupp, und die Schmarbenerblätter als Organe der Gelben, darunter es geschicklich nach. Vorge-

nommene Zahlungen der im Festzuge vertretenen Mitglieder des Kruppischen Werkvereins ergaben 1700 Teilnehmer, einschließlich der Jugendabteilung mit 250 Mitgliedern. Nimmt man an, daß die in der Versammlung genannte Zahl 7000 stimmt, dann ist angehts der mehr als schwachen Beteiligung im Festzug nur die Schlussfolgerung möglich, daß drei Viertel der Kruppischen Werkvereinsmitglieder sich ihrer Mitgliedschaft schämen. Man kann es ihnen nachfühlen.

Dupus, der Broschürenreißer, ist endgültig erledigt. Vor dem Landgericht in Duisburg kam der Beleidigungs-prozess der Zeitung des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes gegen den früheren Sekretär Wolf in zweiter Instanz zur Verhandlung. Wolf hatte nach seiner Entlassung eine Schmähschrift gegen die Zeitung des genannten christlichen Verbandes herausgegeben, in der ehrenrührige Beschuldigungen und Beleidigungen enthalten waren. Der Inhalt der Broschüre wurde von der Sozialdemokratie zu einem Verleumdungsfeldzug gegen die christliche Arbeiterbewegung ausgebeutet. In der Gerichtsverhandlung erster Instanz vor dem Schöffengericht Ruhrort am 23. und 24. Oktober 1911 blieb Wolf den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen schuldig und wurde zu 400 M. Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Die von Wolf veranlaßte Berufungs-erhandlung nahm nach längerem Darlegen zwischen dem Gerichtspräsidenten und Wolf einen unerwartet schnellen Ausgang. Wolf zog seine Berufung zurück. Am meisten enttäuscht von diesem Ausgang des Prozesses waren die Vertreter der Sozialdemokratie, die bei dieser Aktion nicht auf ihre Rechnung gekommen sind.

Australien hat die sogenannte demokratische Volksregierung; Vertreter der sozialistischen Arbeiterpartei sitzen am Ruder des Staatsschiffes. In dieser zukunfts-staatlichen Gestalt müßte nun — so sollte man es gemäß den sozialdemokratischen Verhörern doch annehmen — für die Arbeiter aufs beste gesorgt, überhaup alles zur vollsten Zufriedenheit der Staatsbürger geregelt sein. — Ja — müßte — aber weit gefehlt. Das „Korrespondenzblatt“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands (Nr. 24, 1912) bringt eine Uebersicht über die australischen Gewerkschaften, ihre Entwick-lung und praktische Tätigkeit, und schließt zum Schluß seiner Darlegungen folgenden Klageauf aus:

„Streiks und Ausperrungen, die sich auf das Gebiet mehrerer Staaten (Australien hat Ähnlichkeit mit den Vereinigten Staaten Nordamerikas) erstrecken, sind durch das Gesetz des australischen Bundes betr. die Beteiligung an Arbeitsfreitigkeiten, das seit 1904 besteht, verboten; die Strafe für Zuwiderhandlung beträgt 1000 Pfund Sterling (oder etwa 20 000 M.). Einzelstaatliche Streikver-bote stehen in Kraft in Neu-Südwales, Westaustralien, Südastralien, Tasmanien und Neuseeland. In Neu-Südwales, Südastralien, und Tasmanien können gegen Streiker Gefängnisstrafen verhängt werden. In Neu-Südwales wurden auch schon wiederholt Streiker und „Anführer“ von Streiks in die Gefängnisse gewor-fen; die längste Dauer der Gefängnisstrafe, 12 Monate, wurde gegen vier „Anführer“ verhängt. Die europäischen Arbeiter werden wohl kein Verlangen nach solchen Zuständen haben?“

Ganz gewiß nicht; aber ebensowenig wie die deutschen Arbeiter Verlangen nach dem australischen Zukunftsstaat haben, ebensowenig Sehnsucht haben die denkenden deutschen Arbeiter nach einer sozialdemokratischen Staatsform in Deutschland selbst. Denn noch überall, wo „Genossen“ aus Ruher gekommen sind, hat ihre Verwaltungskunst schmähslich Fiasco gemacht. Das arbeitende Volk kam aus dem Regen in die Traufe.

Die sozialdemokratische Presse leidet gegenwärtig das tollste in der Beschimpfung der christlichen Gewerkschaften. Abgesehen vom Gewerkschaftsstreit, bei welchem sie ihre Glieder wie ein Schlangengewinn verrenkte, läßt sie auch der verfrachtete Bergarbeiterstreik noch immer nicht zur Ruhe kommen. „Unternehmerfreundlichkeit“ und dergleichen Anzugh-ligkeiten glaubt sie den christlichen Gewerkschaften an den Kopf werfen zu dürfen. Wo in Wirklichkeit die Unternehmerfreudte sitzen, zeigt ein Inserat in der sozialdemokratischen Bergarbeiterzeitung (Nr. 40/1908), das wir nachstehend im Wortlaut zum Abdruck bringen:

„Achtung!

Denjenigen Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes, die aus Schieferland nach Westfalen und Rheinland abgewandert sind und die mit ihre Größe auf schönen Anstands-vollstücken schon öfters übermittel haben, spreche ich meinen Dank aus. Auf Wiedersehen! Glück auf! Dybel, Obersteiger und Betriebsführer.“

Gehören diese roten Anstands-vollstücken zu jenen Blüh-gehäusen, die jetzt im Ruhrrevier massenhaft vom roten Lager zum gelben überzuwandern?

Daß bei der Gründung gelber Werkvereine zumest früher überzeugte Sozialisten die Hände mit im Spiel haben, zeigt sich am Sonntag, den 16. Juni, bei der Gründung des Werk-vereins für Sache Neumühl. Es waren circa 60—65 Mann in der Versammlung anwesend, darunter ein gut Teil Rev-gieriger. Der Mann, welcher den „Gründer“ spielte, war der frühere Friedländer und Altverwandter R. T., der auch als Vertrauensmann von den radikalen Genossen auf der Zelle gewählt wurde.

Widerlichen Verlogenheit treibt die sozialdemokratische Wiener Arbeiterzeitung (Nr. 170 vom 23. Juni 1912) anlässlich des Geburtstages Viktor Adlers. Aus der über-schwenglichen Lobhudelei ein paar „Wörter“:

„Adler jetztig Jahre alt“ — „sein einzigartiges Wesen“ — „wie leidenschaftlich wir ihn alle lieben“ — „unermessliche Güte seines Herzens“ — „unser Ruhm und Stolz und unser Stolz“ — „Adlers Geist und Scharfsein, Adlers Kraft und Energie“ — „Liedmund der heiligen Gefühle“ — „Der uns sein Herzblut hingegessen“ — „das Besondere, das Schöne, das Unvergleichliche in Adlers Wirken“ — „sein edelmütiges, gehobenes, schillerndes Geis“ — „sein mächtiges Wort“ — „seine anerkennende und belobende Rede . . . in der sich die Arbeit mit heiliger Leidenschaft zu einem Zusammenhalt ver-möcht“ — „die wunderbare Verbindung der Eigenschaften“ — „Anfänger Idealsinn, die Energie, unerschütterliche Kraft“ — „eine wahrhaft mächtige Kraft“ — „einem großen Geis“ — „letzte Geheimnis eines Adlers“ — „nicht bloße Kraft, nicht Scherzhaft“ — „Worte die kein beherrschendes Wort“ — „das Schöne, das in ihm internationaler Sinn“ — „in seiner Weisheit erhebt Adlers Wort“ — „sein Wort“ — „Bei Adlers Worten . . . hat uns Adlers Wort als ein Wort Adlers Wort mit dem Namen Adlers Wort“ — „wundern wir auch die Fälle der Fälle“ — „Adler“

"Laten" — „an Abler so leidenschaftlich lieben“ — „tieffte Zuneigung der Entzerten und Bedrückten“ — „die Tiefe und Wärme seiner Empfindung“ — „reine Echtheit seiner Wesensart“ — „hinter diesem merkwürdigen Witz, der so oft wie ein Blickschlag wirkt“ — „das zärtlichste, das gütigste Herz“ — „zwischen ihnen (den Arbeitern) und Abler jenes geheimnisvolle Band“ — „heiliges Mitempfinden“ — „Ein Arzt war Abler“ — „der große Gesellschaftsarzt“ — „diese höchste menschliche Tugend“ — „diese Liebe zu den Bedrückten“ — „diesen großen Politiker“ — „das Reine und Beste dieses Wesens“ — „Wosieren und Brillieren, bei jenem Menschlichen und Unmenschlichen, das ist Ablers Wesen ganz fremd“ — „die große Persönlichkeit“ — „uns alle lehrte er, uns alle meißelt sein Vorbild“ — „Dem einzigen Manne . . . noch einmal heißen Dank!“ — „Die Sozialdemokratie der gesamten Welt grüßt Viktor Abler“ . . .

Diese Phrasen bilden einen wunderbaren Rahmen für den roten Programmpunkt von der „Gleichheit“.

Der „eingeweihte“ Genosse Dr. August Erdmann beschäftigt sich in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Nr. 12/1912) mit dem Ausschluß Hildebrands aus der sozialdemokratischen Partei. Aus der Erdmannschen Darlegung ist folgende Stelle besonders interessant:

„Das Urteil 2. Instanz im Ausschlußverfahren gegen den Genossen Hildebrand erklärt, daß Hildebrand „in allen praktischen Fragen zu anderen Schlussfolgerungen kommt als die Partei — und nach seiner ökonomischen Grundgedanken kommen muß“; er betrachtet die sozialen Forderungen des grundsätzlichen Teils des Parteiprogramms als offene Fragen“; er „hat nicht nur gegen die Grundzüge des Parteiprogramms verstoßen, er hat den Boden des Parteiprogramms überhaupt verlassen“ oder, wie es in der ursprünglichen Fassung jenes Urteils hieß, er „mühte ausgeschlossen werden, weil nur derjenige zur Partei gehören kann, der „die Grundzüge des Parteiprogramms voll anerkennt“ . . . Eine derartige Unklarheit der Begriffe, eine derartige Verkenntnis von Wesen und Inhalt unseres Programms, eine derartige Fülle von Widersprüchen in den verschiedenen Urteilen und ihren einzelnen Sätzen dürften so leicht in der Parteigeschichte nicht zum zweiten Mal zu finden sein.“

Dieser Kennzeichnung eines „Wissenden“ über die Verschwommenheit der Begriffe in der Sozialdemokratie brauchen wir nichts hinzuzufügen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Düsseldorf-Kath. Die Bewegung bei der Firma Voensgen ist beendet und die Sperre über das Werk aufgehoben. Der Chef der Firma hat dem von ihm ernannten Arbeiterausschuss die bindende Erklärung erteilt, nach Aufhebung der Betriebssperre eine Regelung der Überstundenfrage, den Wünschen der Arbeiter entsprechend, vorzunehmen. Die Firma nimmt die gegen die Gesamtarbeiterschaft ausgesprochene Kündigung zurück und stellt die bereits ausgesperrten Arbeiter wieder ein.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Verzicht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Weselberg. Bei der Firma W. Schmidt, Schloßfabrik und Tempiergießerei stehen die Arbeiter im Streik.

Aachen. Die hiesigen Former und Gießereiarbeiter stehen im Streik.

Düsseldorf-Grevenbroich. Ueber die Dreherei der Maschinenfabrik Klingelhöfer ist die Betriebssperre verhängt.

Bedum. Wegen Differenzen in der Zementindustrie ist der Zugang von Schloßern, Drehern, Schmiedern und sonstigen Metallarbeitern ferngehalten.

Werdohl. Ueber die Firma J. W. Duncker ist wegen Maßregelung die Sperre verhängt. Die Schleifer streiken.

Werdohl. Die Firma Gebr. Honsel in Cweling ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

Herdingen-Raldenhäuser. Ueber die Metallwarenfabrik Gustav Möhr ist die Sperre verhängt. Zugang von Drehern, Schloßern, Formern und Hilfsarbeitern ist streng fernzuhalten.

Burgsteinfurt. Ueber die Formerei der Firma W. Drees ist die Betriebssperre verhängt. Zugang fernhalten.

W. Gladbach. Bei den Firmen Hausald & Co. und Gebr. Rembold, Eisengießerei, sind Differenzen ausgebrochen. Die Betriebe dieser Firmen in Süchteln und M. Gladbach sind gesperrt.

Aachen. Bei der Firma Paulus, Bauhloßerei und Eisenkonstruktionswerkstätte stehen die Arbeiter im Streik.

Grüne bei Jierlohn. Bei den Firmen G. Schlieper, Carl Schlieper, J. D. Halber und Görke in der Grüne und Lemathe stehen die Kesselschmiede in Kündigung.

Oagen-Schwelm. Das hiesige Gebiet ist für Former und Gießereiarbeiter gesperrt.

Düsseldorf-Bilk. Die Arbeiter der Firma Woelfe & Co. stehen in Kündigung. Das Werk ist gesperrt.

Düsseldorf-Oberbilk. Die Arbeiter der Firma Jüden stehen in Kündigung. Das Werk ist gesperrt.

Düsseldorf-Vierensfeld. Die Firma Defing, Stahlwerk, ist gesperrt.

Mannheim. Die Huf- und Wagenschmiede stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Angsburg. Die Huf- und Wagenschmiede stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Zugzug ist fernzuhalten.

Wagen. Der Streik bei der Firma Krämer & Freund ist beendet und die Sperre aufgehoben.

Wengern a. d. Ruhr. Der Streik auf dem Stahlwerk Mart ist beendet.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 14. Juli der neunundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. Juli fällig.

Den Delegierten zur Generalversammlung, sowie den Teilnehmern an der Begrüßungsfeier diene zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 14. Juli an den Dortmunder Bahnhöfen

Kollegen anwesend sein werden, um die Gäste zu den Versammlungsorten und Logies zu führen. Die Führer tragen als Erkennungszeichen roteweiße Schleifen.

Kaiserlantern. Das Mitgliebsbuch Nr. 4334, ausgestellt auf den Namen Gg. Stubenberger, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Ehrang bei Trier. Verlorene Berichterstatter schenken das Blatt des roten Metallarbeiterverbandes und die „Rheinische Zeitung“ in Trier haben zu haben. Am 9. Juni fand in Ehrang eine gutbesuchte Gewerkschaftsversammlung statt, in welcher die Kollegen Kettenhofen und Wäcker über den Bergarbeiterkampf im Ruhrgebiet sprachen. Zu dieser Versammlung waren nur christlich gestimmte Arbeiter und Bürger eingeladen. Das war aus dem Grunde geschehen, weil zu allen Versammlungen der christlichen Gewerkschaften in Ehrang ein Häuflein Genossen von Trier und Ehrang zum Rabauschlag erschienen, zu einer ruhigen, sachlichen Aussprache aber nie zu haben waren. In Ehrang haben die Genossen ungefähr zehn halbtägige Wunden um ihre Kahne gesammelt, die unüberwindlich in allen Gegenden sind. In Trier rekrutiert sich die „Genossenschaft“ vollends so ziemlich aus dem „Ausland der Menschheit“. Damit wollen wir nicht behaupten, daß dort die Genossen alle Lumben sind, aber alle Lumben rechnen sich hier zu Sozialdemokratie. Beispielsweise spielt unter den Genossen hier selbst auch ein Schuhmachergeselle eine Rolle, der 1902 Mitglied des katholischen Gefellenvereins in Dillig war. Dieser Mensch bummelte sich Geld bei verschiedenen Vereinskassierern, kassierte Gelder des Werkereins und des „Veralteten Volkstroms“ ein. Ueber Nacht verduftete sich unser Schuhmachergeselle dann und hinterließ eine Anzahl „ranernder Hinterbliebenen“. Sofort schloß sich der Schuhmachergeselle in Meck der Sozialdemokratie an und marliert heute in Trier den unentwegten Genossen. Daß es unsern Kollegen in Trier und Ehrang nicht einfällt, sich bauseitig mit einer solchen Gesellschaft in Versammlungen herumschlagen, ist verständlich, besonders, da diese Genossen sich stets wie Pflanzel gebärden und eine sachliche Aussprache durch Rabauschlag zu hintertreiben suchen.

Trotzdem nun die Genossen nichts in der oben genannten Versammlung zu suchen hatten, erschienen sie doch und verlangten, daß wir ihren Referenten Vofabe in der Diskussion reden lassen sollten. Während des Vortrages des Kollegen Kettenhofen brüllten die Genossen aus dem Hinterhalt, jedoch es dem Versammlungsleiter oft schwer fiel, Ruhe und Ordnung zu schaffen. Dagegen verhielten sich die christlichen Arbeiter während den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners auf Geheiß des Versammlungsleiters vollständig ruhig. In der unverschämten Weise liegt aber der rote Berichterstatter in der „Metallarbeiterzeitung“ und in der „Rheinischen Zeitung“ seine Genossen an, die christlichen Arbeiter hätten aus purem Interesse den sozialdemokratischen Redner ruhig angehört. So suchen die Genossen also selbst aus dem Anstand des Gegners Kapital für ihre Zwecke zu schlagen. Traurige Gesellen das! Dabei waren die „interessanten“ Ausführungen des Genossen Vofabe ein so armseliges Pfaffengebrüll, daß wirklich ein außergeräuschliches Maß von Selbstüberhebung dazu gehörte, das Gefasel ruhig über sich ergehen zu lassen.

Als Kollege Wäcker darauf das Wort nahm, setzte der Krach der Genossen wieder ein. Einige von dieser Sorte „Kulturträger“ hielten den Kopf unter den Tisch, um ungeschrien zu können und brüllten zu können. Der Krach erreichte seinen Höhepunkt, als Kollege Wäcker begann, dem Herrn Vofabe vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband über den Streikbruch in Solingen bei der Firma Hammeßfahr die Wahrheit zu sagen, wobei Vofabe selbst ja auch eine große Rolle gespielt hat. Er mußte deshalb auch „die Platte putzen“. Darüber schweigt sich der rote Berichterstatter freilich aus. Statt dessen läßt er seine Gläubigen an, die Genossen wären ihres Lebens in der Versammlung nicht mehr sicher gewesen. Daß sich die christlichen Arbeiter nicht alle sozialdemokratischen Gemeinheiten in ihren Versammlungen gefallen lassen, ist selbstverständlich; besonders, da die Genossen in dieser Versammlung nichts zu suchen hatten und ihnen nur ein Galltreib gewährt worden war.

Es ist überhaupt sehr bezeichnend für den „Mut“ der Metallgenossenschaftsleiter Vofabe und Vofabe, daß sie jedesmal, wenn sie ihre Unwahrheiten verzapft haben, die Versammlung verlassen, ohne eine Antwort abzuwarten. Ein solches Verhalten nennt man auf deutsch Feigheit. Eines mögen sich die Trierer Mustergenossen gelagert sein lassen, erscheinen sie noch einmal in einer christlichen Gewerkschaftsversammlung, und benehmen sich da nicht wie anständige Menschen, dann wird ihnen an anderer Stelle gezeigt werden, daß wir noch nicht im roten Zukunftsstaat sind. Die christlichen Metallarbeiter von Trier und Ehrang haben die Genossen erkannt und wissen, daß ihr Maß nur unter anständigen Menschen, im christlichen Metallarbeiterverband sein kann.

Röln. Die alleinigen „Vertreter“ der Arbeiterinteressen schimpfen sich die Genossen bei jeder passenden und nichtpassenden Gelegenheit. In Wirklichkeit ist aber die Tatsache längst bekannt, daß die Sozialdemokratie selbst vor dem Arbeiterberrat nicht zurückschreckt, wenn es gilt, den Einfluß der Partei zu stärken. Wenn dabei die „feinsten“ und „nobelsten“ Mittelchen angewendet und zur Abwechslung einmal die eigene Dummheit und Schlechtigkeit den „Christen“ untergeschoben wird, so darf einen das nicht weiter wundern von einer Partei, welche nach dem Ausspruch der eigenen Führer „mogelt“, wo es eben möglich ist. Es ist dies der bekannte Trick gewisser dunkler „Ehrenmänner“, welche durch den Ruf: „Haltet den Dieb!“ die Aufmerksamkeit von sich ablenken wollen. Zur Bekräftigung des Gesagten sei unseren Kollegen nachstehendes mitgeteilt:

Im Feingzug der Firma Wahlen in Ehrenfeld hatten wir bisher die Führung. Wir haben auch unsere Stellung dazu benutzt, um in Gemeinschaft mit den übrigen Kollegen für eine Besserung der Verhältnisse einzutreten. Weil man es hier mit einer Firma zu tun hat, mit der man auch noch ein vernünftiges Wort sprechen kann, war bis heute noch jeder Schritt in dieser Richtung mehr oder minder von Erfolg gekrönt. Infolge der eigenartigen Betriebsverhältnisse hat die Firma feinerzeit ein von unseren Leuten eingereichtes Preisverzeichnis angenommen, welches Preise enthält, wie sie nur in wenigen Drahtziehereien Deutschlands gezahlt werden. Diese Preise waren aber auch damals notwendig, wenn die Feingzieher einen entsprechenden Lohn verdienen sollten. Selbstredend ging das Streben der Firma dahin, nach Möglichkeit die Produktion zu verbilligen

„Halt,“ dachte sich da der Genosse D., „da bist du der rechte Mann!“ Er setzte sich auf seinen Hosenboden und schrieb einen Schreibbrief an die Firma, worin er sich anbot, bedeutend billiger zu produzieren, wenn ihm dafür der „Mang“ des Vorarbeiters verziehen würde. Das Geheimnis des Erfolges sollte darin bestehen, daß der Draht anstatt wie bisher zweimal, nach dem neuen System dreimal patentiert werden sollte. Dadurch welcher gemacht, sollten die Feingzieher in der Lage sein, von höheren Nummern abzuziehen, sobald der Arbeitslohn für einen Zug erspart werden könnte. Dazu sollten die Drahtzieher, anstatt wie in der letzten Zeit auf 6 Scheiben, in Zukunft wieder auf 8 Scheiben arbeiten.

Wir sehen also: „Mehr Arbeit, schwerere Arbeit, weniger Lohn“, das waren die Mittel, welche der Genosse in seiner Eigenschaft als Vorarbeiter zur Erhöhung der Rentabilität anzuwenden wollte. Der gleiche Genosse, der früher immer recht radikale Töne anschlug. Bei solch geeignetem Talente ist es kein Wunder, wenn dem Genossen sein Wunsch erfüllt und er zum Vorarbeiter gemacht wurde.

In seiner neuen Würde fühlte er sich so recht als „Genosse“. Mit der größten „Gewissenhaftigkeit“ wurde dafür gesorgt, daß die „Genossen“ immer reichlich mit Draht versehen waren, während die anderen Leute öfters warten mußten. Ganz besonderer Aufmerksamkeit erfreute sich ein erst zuletzt in den Betrieb gekommener Genosse. Er sollte, ganz abgesehen vom finanziellen Vorteil, der Firma als einer der tüchtigsten Drahtzieher hingestellt werden, um an dessen Stelle einen „Christen“ auf die Straße zu setzen, wenn infolge des neuen Systems (Arbeit auf 8 Scheiben) mehrere Arbeitskräfte überflüssig würden. Dazu kam noch, daß bei Abnahme der Arbeit mit zweierlei Maß gemessen wurde, indem bei den Genossen nachweislich Draht angenommen wurde, der bei andern Drahtziehern als unbrauchbar für diesen Zweck gegolten hätte.

Die geschändeten Zustände mußten unsere Kollegen zur Vorsicht mahnen. Nach kurzer Zeit wurde ein Antrag an den Vorstand angeschlossen. Unser Vertrauensmann verständigte sich mit dem roten Verbandes über eine gemeinschaftliche Werkstättenversammlung am nächsten Tage? Was taten aber die Genossen? Sie hielten am gleichen Tage eine Versammlung für sich ab und schickten bereits am nächsten Tage eine Kommission nach der Direktion. Ueber ihr arbeiterverderbliches Treiben zur Rede gestellt, gebrauchten sie die Ausrede, sie hätten den Christlichen nicht getraut, weil im Betrieb erzählt wurde (von wem? D. W.), daß sie sich bereits mit dem Abzuge einverstanden erklärt hätten. Dies sei ihnen auch von der Direktion bestätigt worden. Nachdem in unserer Versammlung die Sache in dieser Weise geklärt war, wurde ebenfalls eine Kommission vorstelleig. Dieselbe hatte vor allen Dingen auf eine, wenigstens teilweise Zurücknahme der Abzüge hinzuwirken. Es wurde anerkannt, daß infolge Besserung der Betriebsverhältnisse heute ein kleiner Abzug betragen werden könne. Derselbe könne aber höchstens 10% betragen und nicht 20 und mehr, wie in dem Anschlag vorgesehen. Die Direktion erklärte, die Arbeiter sollten es einmal mit den neuen Preisen versuchen. Wenn sie nicht auf ihren Lohn kämen, sei sie bereit, in neue Verhandlungen einzutreten. Sehr interessant war die Erklärung der Direktion, „daß die niederen Preise größtenteils von dem neuen Vorarbeiter D., der sich bei seiner Bewerbung als „Arbeiterauschüßmitglied“ ausgab, aufgestellt und vertretet worden seien, und daß sich die Mehrzahl der Genossen mit diesen Preisen einverstanden erklärt hätten.“ Wahrscheinlich hofften die Genossen, durch dieses, jeder gewerkschaftlichen Taktik hohn sprechende Vorgehen, sich zunächst bei der Firma lieb Kind zu machen und nach und nach den Betrieb zu einer roten Domäne auszugestalten. Vorläufig allerdings sind sie dem Ziele noch nicht näher.

Spätere Verhandlungen mit der Firma führten zu dem Ergebnis, daß zwar die herabgesetzten Grundpreise bestehen blieben, aber der Zuschlag für Nadelbraut, welcher bisher 25% betragen hatte, auf 40% erhöht wurde. Da bei der Firma nunmehr zum größten Teil nur Nadelbraut fabriziert wird, betrafte dieses einem Abzuge von 10% gleichkommen.

Die Drahtzieher mögen aus diesem Vorkommnis sehen, daß sie es nur dem Eintreten unserer Kollegen zu danken haben, daß der Abzug durch eine anderweitige Aufbesserung teilweise ausgeglichen wurde. Hätten sie sich auf die Genossen verlassen, wäre der ganze Abzug geblieben, bloß um das Ansehen ihres „Genossen“ nicht zu beschädigen. Unsere Kollegen aber sehen daraus, daß die Sozialdemokraten bereit sind, sich sogar den Lohn kürzen zu lassen und eine ganz bedeutende Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse mit in den Kauf zu nehmen, wenn sie glauben, dadurch ihren Einfluß stärken und die verhassten „Christen“ aus dem Felde schlagen zu können. Wir sehen auch, daß ihnen jedes Mittel recht ist, und daß sie selbst vor Verdächtigungen nicht zurückschrecken, wenn sie glauben, dadurch ihr Ziel erreichen zu können. — Und so etwas nennt sich dann „Arbeitervertreter“.

Aus dem Siegerland. Seit einer Reihe von Wochen bereiten sich Dinge hier im Siegerland vor, womit man uns bis dato so ziemlich verschont hat. Man findet es nämlich für nötig, allmählich einer größeren Anzahl von Arbeitern das gelbe Organ „Der Werkverein“ durch die Post zuzuliefern und auf diese Weise für die oberflächlichen gelben Ideen Propaganda zu machen. Dem Eingeweihten ist es ohne weiteres klar, wo die Macher dieser Agitation sitzen und welches der eigentliche Zweck der Uebung ist. Daß die christliche Gewerkschaftsbewegung auch im Siegerland in den letzten beiden Jahren recht schöne Fortschritte gemacht hat, ist gewissen Leuten schon längst ein Dorn im Auge gewesen. Wohl hat man es schon auf alle mögliche Weise versucht, die Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit zu hindern, aber bis dahin nur mit sehr wenig Erfolg.

Leider stehen immer noch Tausende Siegerländer Arbeiter der Organisation fern. Sie haben die Gefahr noch nicht erkannt, welche ihnen von manchen Seiten her droht. Wie oft schon sind die Unorganisierten durch Wort und Schrift an ihre Pflicht erinnert und auf die verschiedensten Gefahren aufmerksam gemacht worden, aber man schlug die Mahnungen in den Wind — bis daß man eines Tages vor der Tatsache stand, daß es hier im christlichen Siegerland sogar möglich ist, daß christlich organisierte Arbeiter durch „Genossen“-Willkür brotlos gemacht werden.

Gegen den Versuch, die „Gelben“ hier einzuführen, muß sich die Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen. Das kann nur geschehen, wenn sie sich einmütig den christlichen Gewerkschaften anschließt. Die Dinge sind doch gerade dazu angetan, nun auch dem letzten Arbeiter die Augen zu öffnen. Nicht nur, daß die gelbe Bewegung der Arbeiterschaft die Freizügigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete beschneidet, nein, auch auf politischem Gebiete sucht sie die Arbeiter zum Stimmvieh herabzuwürdigen. Entweder — oder; die Mitglieder geben dem vom gelben Vorstand bestimmten Kandidaten ihre Stimme oder sie fliegen nach den Säbungen des Neuntürker Statuts aus dem Verein heraus. Danach kann sich die Sieger-

länder Arbeiterschaft denken, was sie von dieser Seite zu erwarten hat. Aber auch unsere eigenen Kollegen müssen diese Dinge zum Nachdenken bringen.

Deshalb Kollegen des Siegerlandes, laßt den Ruf zur Mitarbeit nicht ungehört an euch vorüberhallen. Denn an uns ist es, die Unorganisierten immer wieder auf die Ge- fahrten, die der Arbeiterschaft drohen, hinzuweisen.

Danzig-Scherlmühl. Ein Opfer der sozialdemo- kratischen Verhöhnung wurde am 29. Juni unser Kol- lege Rudolf Bormowski von Danzig. Von dem im roten Hilfs- und Transportarbeiterverband organisierten Arbeiter Hans Lemke wurde er überfallen und mit dem Messer bearbeitet.

Nur der Geistesgegenwart des Kollegen Bormowski ist es zu verdanken, daß nicht ein Menschenleben vernichtet wurde. Er wehrte mit der linken Hand den Schlag ab. Jedoch trug er eine Schnittwunde von 5 Zentimeter, und eine von 2 1/2 Zentimeter davon. Anzeige ist sofort erstattet worden.

Belbert. Wie ein „Achtungserfolg“ des sozialdemokrati- schen Metallarbeiterverbandes aussieht! Die Forme der Firma Emil Hohagen in Belbert hatten vor einiger Zeit eine Lohn- tabelle ausgearbeitet und durch die in Betracht kommenden Vertreter der Arbeiterorganisationen an die Firma eingereicht.

„Die Fabrikantenvereinigung hat in ihrer gestrigen Haupt- versammlung beschlossen, daß am 29. Juni in sämtlichen Filialbetrieben den Hand- und Maschinenformern gekündigt wird, falls die Forme und Schlosser der Firma Emil Hohagen bis Donnerstag, den 27. Juni ihre Kündigung nicht zurückgezogen haben.“

Diese Androhung der Aussperrung hatte den Erfolg, daß der sogenannte „große deutsche“ Metallarbeiterverband, der in dem Betriebe die Mehrheit hat, vor Schrecken eilendiglich auf den Knien lag. Vorher hatte man in allen Vordenversammlungen die „Unserverbindlichkeit“ des „großen“ und „harlen“ deutschen Metallarbeiterverbandes gepriesen und den Mitgliedern vorge- stunken, daß die Unternehmer es nicht wagen würden, ein Lötzchen mit ihm zu riskieren.

Am 29. Juni — an diesem Tage lief die Kündigung ab — veruchte die Kommission der Arbeiter zu verhandeln. Auf Grund dieser Verhandlungen haben die Forme die Kündigung zurückgezogen, weil die Kommission erklärte, Herr Hohagen habe Zugeständnisse gemacht. In der letzten Betriebsversamm- lung, welche am 29. Juni stattfand, und in der es sehr stürmisch herging, erklärte der Bezirksleiter Spiegel, es sei ein „Achtungserfolg“ erzielt worden.

Belbert, 4. Juli. Die Firma Emil Hohagen ersucht uns unter Berufung auf § 11 des Pressgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung zu der in der Nr. 152 der „Freien Presse“ veröffentlichten Notiz:

„Den Formern sind keinerlei Zugeständnisse gemacht worden. Die Arbeiter haben bedingungslos zu den bisherigen Löhnen die Arbeit wieder aufgenommen und ihre Kündigung zurückgezogen. Auch ist mit keinem Worte irgend eine Kom- mission anerkannt. Ausdrücklich ist den Leuten von Anfang der Verhandlungen an gesagt worden, daß, wenn sie Wünsche oder Beschwerden hätten, diese vorbringen könnten. Lohnes- züge sind weder gedacht gewesen, noch in Aussicht genommen.“

Die Kommission der Fabrikanten-Bereinigungs- gremien ersieht man, was die roten Gewerkschaftsführer ihren Leuten alles bieten dürfen und wie sozialdemokrati- sche „Achtungserfolge“ aussehen. Den Metallarbeitern von Belbert und Umgegend aber rufen wir zu: „Wollt ihr eure Lohn- und Arbeitsverhältnisse ver- bessern, wollt ihr wirkliche Erfolge erzielen und keine sozial- demokratischen „Achtungserfolge“, dann hinein in den christ- lichen Metallarbeiterverband.“

Wülhelm-Aheln. Unaufhaltsam ruckwärts marschiert der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in Wülhelm am Rhein. Und das kommt natürlich nicht von ungefähr. Das letzte Kollege Zillekens den Kollegen in einer am 20. Juni hier selbst im Reichshofischen Saale abgehaltenen Versamm- lung klar, wo er das für die Metallarbeiterchaft hochaktuelle Thema: „Taktik und Praxis des Deutschen Metallarbeiterver- bandes und die daraus entstehenden Folgen“ behandelte.

Was den Versammlungsbesuch angeht, so hätte der auch unserer Ansicht nach weit besser sein müssen. Trotzdem sieht es aber gerade einem Metallgenossen schlecht zu Gesicht, darüber zu sprechen. Vor uns liegt ein Schriftstück des Herrn Ober- genossen Haas (Köln), in dem dieser in klagenben Tönen wie folgt über seine roten Metallkollegen loslegt: — in der hochwichtigen Vertrauensmännerversammlung, wo unser erster Vor- sitzender Kollege Schlichte aus Stuttgart referierte, waren ganze 2 Kollegen aus der Weyenthaler Maschinenfabrik erschienen.“

Und nun die „gut“ besuchte Versammlung des roten Metall- arbeiterverbandes vom 5. Juni in Ahelnberg. Warum ver- schämte es die „Rheinische“, ihren Genossen darüber einen aus- führunglichen Bericht vorzulegen? Hatte sich dort kein ge- ringerer als der „große Cohen“ aus Berlin eingefunden, um die Wülheimer Metallgenossen zu beruhigen; denn speziell in der Gasmotorenfabrik sind die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes mit ihrer Leitung gar nicht mehr zu- frieden. In den vielen Austritten gielten sich täglich zu. Da sollte Cohen aus Berlin Abhilfe schaffen; der bekannte Cohen. Für so vernachlässigt hielt die rote Verbandsleitung ihre Mitglieder — sehr mit Unrecht. Merkterte sich doch am Tage der Ver- sammlungs darüber ein roter Vertrauensmann wie folgt:

„Dat de Lüde uestredde, es ganz räch, dann gon er Ver- bandsleitung ens de Auge op. Ewer dat je för um de Lüde zelummegehele, sich dä Cohen komme losse, dat hät ich der Ver- bandsleitung nit zugekraut. Als ob mer nit wüßte, wie dä Näl de Lüde ze Berlin angeschmiert hät.“

Die Leitung muß ihrem Fehlgriff auch selbst eingesehen haben, denn der Name Cohen wird in der „Rheinischen“ über- haupt nicht genannt. Ueberhaupt müssen die Beamten des roten Verbandes bei all den schönen Worten, die in der Versammlung am 5. Juni fielen, ganz hofflos gewesen sein; sonst hätten sie doch sicher mehr davon behalten. Die Versammlung fing um 7 Uhr an und endete — 11 1/4 Uhr. Und was in diesen 4 1/4 Stunden alles gesprochen worden ist, gibt die „Rheinische“ (Nr. 144) wie folgt wieder: „Einige Quertreiber waren mit manchen Einrichtungen und der Taktik der Organisation unzu- frieden, hatten ihren Austritt erklärt und machten in Wiesent- haleri. Um diesem Treiben Einhalt zu gebieten, wurde eine Fabrikarbeiterversammlung der Gasmotorenfabrik-Zeus einbe- rufen. Selbst die unzufriedenen Elemente in jener Versammlung sagten den Christlichen manche herbe Wahrheit.“ Diese paar Zeilen nehmen nicht viel Raum fort und keiner weiß, was für eine Krachversammlung das war. Dafür wird aber mehr Raum verschwendet, die den Obergewissen so unsequen- christlichen Beamten anzuleien. Das ist sozialdemokratische Sach- lichkeit! — Und diese Gesellschaft wundert sich dann noch, wenn einrichtige Arbeiter ihnen den Rücken kehren.

Unsere Kollegen aber werden den Genossen auf ihre An- pöbelungen die einzig richtige Antwort geben, durch allseitige und eifrige Aufklärungs- und Werbearbeit zur Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes.

- Gelbeingänge bei der Hauptkassa.**
Monat Juni.
Barmen 500,—, Gaggenau 34,05, M. Gladbach 1000,—, Solingen 1100,—, Dülken 200,—, Duisburg 1500,—, Stuttgart 300,—, Niederreienberg 150,—, Dortmund 1000,—, Köln 3600,—, Adolphzell 250,—, Düsseldorf 1000,—, Stuttgart 200,—, Ulm 120,—, Hamm 1000,—, Singen 150,—, Wietzen- berg 97,20, Hoven 300,—, Hagen 2054,74, Oberursel 417,32, Döpe 300,—, Barmen 600,—, Berlin 300,—, Werbohl 300,—, Belsmst 1,95, Lachen 1200,—, Gevelsberg 1000,—, Hagen 1000,—, Reheim 1000,—, Oer 200,—, Berlin 300,—, Schram- berg 100,—, Hensburg 250,—, Essen 3000.

Briefkasten
An Mehrere. Bei allen zum Abdruck im Organ be- stimmten Einwendungen darf das Papier nur auf einer Seite be- schrieben werden, außerdem ist links ein mindestens zwei Finger breiter Rand zur Anbringung notwendiger Korrekturen frei zu lassen. Bei Maschinenschrift soll nicht, wie es vielfach geschieht, Zeile an Zeile gedruckt werden. — Auch die für das Organ bestimmten Sendungen sind „an die Hauptgeschäfts- stelle“ zu adressieren.
Die Meldungen von Sterbefällen zur Veröffentlichung in der Sterbetafel müssen außer dem Namen immer enthalten: 1. Sterbetag, 2. Alter und 3. Todesursache.
Nach M e n d e n. Dein Bericht folgt in nächster Nummer.

Sterbetafel.
Magdeburg. Am 1. Juli starb unser treuer Kollege Albert Duzjad im Alter von 60 Jahren an den Folgen eines Unfalles.
Menden. Am 5. Juli starb unser Kollege Adolf Hittner im Alter von 49 Jahren an Lungenentzündung.
Ehre ihren Andenken!

Versammlungskalender.
Kollegen und Kolleginnen!
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
Samstag, den 13. Juli.
Altenbörde. Abends 8,30 Uhr bei G. Veier, am Brnt.
Berlin-Norden. Abends 8,30 Uhr bei E. Lohse, Büttelstraße 45.
Bremen. Abends 8,45 Uhr im Verkehrslokal Kollmann, Dissenstr. 1.
Bretzenburg. Abends 8,30 Uhr bei Brauns, Schützenstraße.
Dortmund-Weimar. Abends 6,30 Uhr bei Hühner.
Dortmund-Witten. Abends 8,30 Uhr bei Wilmann.
Düsseldorf-Minden. Abends 9 Uhr bei Vendingberg, Kaiser-Bl- heimstraße.
Düsseldorf-Verderdorf. Abends 9 Uhr bei Duerling, Barbara- und Mühlstraßen-Ecke.
Eisenach. Abends 8,30 Uhr im Weimarschen Hof.
Saar-Solingen. Abends 8,30 Uhr bei Krahmühl mit Vortrag des Kollegen Hebborn über die letzte Situation.
Köln-Gumboldt-Kolonie. Abends 9 Uhr bei Guth, Wals- und Nassaustraßen-Ecke.
Köln-Lindenthal. Abends 9 Uhr bei Sandeler, Bachmerstraße 120.
Köln-Nalk. Abends 9 Uhr bei Hüngesberg, Bremerstr. 14.
München. Abends 8 Uhr im Gasthaus „Neapolitaner“, Senefelder- straße 11. Referent: Arbeiterleiter J. Schwanz.
Stuttgart-Buffenhausen. Abends 8,30 Uhr in der Traube.
Tübingen. Abends 8,30 Uhr bei Wwe. Lange.
Wohlfühl. Abends 8,30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstraße 178.

Sonntag, den 14. Juli.
Vochum. Vorm. 11 Uhr bei Laich, Volkmarkt, Ecke Adolfsstraße. 2,30 Uhr vom Bahnhof Süd nach Adolfsstr. zur Generalfest. in Dortmund.
Dortmund. Abends 7,30 Uhr im Reinaldshof Bechtelmann- felder aus Anlaß unseres 7. Verbandstages.
Düsseldorf-Eller. Vorm. 11 Uhr bei Kahlweil, Gumbertstraße 120.
Düsseldorf-Niederich. Vorm. 11 Uhr bei Delmeis-Meer.
Düsseldorf-Oberfel. Vorm. 11 Uhr bei Wöffen, Neugasse 50.
Düsseldorf-Verdt. Vorm. 11 Uhr bei Wäßen, Grevelsbergstraße 81.
Eisen-Kettwig. Vorm. 11 Uhr bei Buchmüller.
Gelsenkirchen-Neußadt. Vorm. 11 Uhr im Ruhra-Restaurant.
Gelsenkirchen-Schalke. Vorm. 11 Uhr bei Wegener.
Greine. Versammlung.
Hagen-Altstadt. Vorm. 11 Uhr bei Gickhoff, Brüberstraße 17.
Hagelstadt. Vorm. 10 Uhr im kath. Vereinshaus.
Hersloh. Mitgliederversammlung.
Hersloh-Daxlanden. Nachm. 3,30 Uhr im Gasthaus am Hirschen.
Meiseric bei Vöhl. Vorm. 11 Uhr bei Kiebel.
Mülheim-Werheim. Vorm. 11 Uhr bei Schumacher.
Mülheim-Stammheim. Vorm. 11 Uhr bei Köhler.
M.-Glabach. Vorm. 11 Uhr bei Wöfen, Marktflieg.
Ober-Barmen. Vorm. 11 Uhr im Jägerhof, Ecke Jäger- und Wich- tinghauserstraße.
Oberhausen (Mittl.). Vorm. 10,30 Uhr bei Kemmerlich.
Sonthofen. Nachm. 2,30 Uhr Versammlung.
Sücht am Rhein. Vorm. 11 Uhr bei Döfer.
Straubing. Vorm. 10,30 Uhr im Münchner Hof.

Mittwoch, den 17. Juli.
Selligenshaus. Abends 8,30 Uhr bei Ripperbösch, Hauptstraße.
Freitag, den 19. Juli.
Düsseldorf-Verderdorf. Abends 9 Uhr bei Wegener, Mittelstraße. Berichterstattung von der Verbandsgeneralversammlung.
Samstag, den 20. Juli.
Munster-Bauschloffer. Abends 8 Uhr im Lokal.
Berlin. Abends 8,30 Uhr im Schulz-Schäfer, am Königgraben 14a.
Bonn, Sect. Godesberg. Abends 9 Uhr in der Tonhalle. Wäh- lige Tagesordnung.
Düsseldorf-Verderdorf. Abends 9 Uhr bei Kosen, Burtscheiderstr. 39.
Düsseldorf-Neuß. Abends 9 Uhr bei Fioh, Hebesch. Berichter- stellung von der Verbandsgeneralversammlung.
Düsseldorf-Bilf-Friedrichshof. Abends 9 Uhr bei Wengwasser, Biltalder, Ecke Kronenstraße. Berichterstattung von der Ver- bandsgeneralversammlung.
Düsseldorf-Erkrath. Abends 9 Uhr bei Schlichting, Kreuzstraße.
Freiburg i. Br. Abends 8,30 Uhr im Gantersbräu, Schiffstr. 7.
Karlruhe. Abends 8,30 Uhr im Palmgarten.
Köln-Greifels. Abends 9 Uhr bei Korndörfer, Kesslerstraße.
Köln-Deutz. Abends 9 Uhr „zur Krone“, Freiheitstraße.
Mittel-Barmen. Abends 9 Uhr bei Lindemann, Oberdörnerstr. 60.
Milspe. Abends 8,30 Uhr bei Gd. Rosenbach, Vorderstraße.
Münster. Abends 8 Uhr allgemeine Vertrauensmännerversammlung im Gefellenshof, Zehlfeldstraße 7.
Worshcim-Stadt. Abends 8 Uhr im Prinz-Mag. Berichterstattung über die Generalversammlung.
Stuttgart. Abends 8,30 Uhr im römischen Konv.
Stuttgart-Cannstatt. Abends 8,30 Uhr im ev. Arbeitervereinslokal.

Sonntag, den 21. Juli.
Auerst. Anton. Nachm. 2 Uhr Abmarch mit Familienangehö- rigen zum Kartellfest in Brüggeln. Ref.: Reichstagsabg. Kol. Giesberts.
Düsseldorf-Solthausen. Vorm. 11 Uhr bei Blau, Düsseldorfstraße. Berichterstattung von der Verbandsgeneralversammlung.
Düsseldorf-Slingern. Vorm. 11 Uhr bei Biltz, Hallen, Adersstr. 106. Berichterstattung von der Verbandsgeneralversammlung.
Düsseldorf-Gerresheim. Vorm. 11 Uhr bei Steinmann, Brühlinger- straße 18. Berichterstattung von der Verbandsgeneralversamm- lung.
Gevelsberg. Nachm. 5 Uhr bei J. Schiften, Mittelstraße.
Ingolstadt. Ausflug zur Bruderzählstelle Ober-Gischlitz, Abfahrt 7,11 Uhr, Radfahrer 6 Uhr. Treffpunkt am Hiedtor.
Köln-Boll. Vorm. 11 Uhr bei Käßbender, Hauptstraße.
Mülheim-Deilbrück. Vorm. 11 Uhr bei Korföldgen.
Wülhelm-Buchheim. Vorm. 11,30 Uhr bei Buch.
Worshcim-Erfingen. Vorm. 11 Uhr in der Traube. Berichterstat- tung über die Generalversammlung.
Troisdorf. Vorm. 11 Uhr bei Kühren in Troisdorf.
Uerdingen. Vorm. 11 Uhr bei Schmitz, „zum Parlament“.

Montag, den 22. Juli.
Düsseldorf. Gemeinlicher Ausflug nach Calum-Ingermund-Eintort über Rummenweg nach Ratingen. Abfahrt 6,15 Uhr vom Hauptbahnhof. Fahrpreis 4. Kl. 20 Pfg.
Adressen:
Mannheim-Verbandssekretariat. Vom 12. bis einschl. 24. Juli ist das Bureau nur von nachm. 4,30 bis abends 8 Uhr geöffnet.
Nach Hildesheim **Gelbzieher u. Metallbreher** für dau- ernde Arbeit bei gutem Lohn gesucht. Näheres durch S. Gagelina, Hildes- heim, Feineralstraße 19.
Gelucht Former u. Giebereihilfsarbeiter, sowie tüchtige **Bauschloffer** nach selbständig arbeitende **Stuttgart**. Zu melden: Verbandssekretariat Stuttgart, Urban- straße 86.
Tüchtige Former sucht per sofort Eisenwerke G. u. L. S. Semer i. B.